

AKADEMIE
FÜR
POLITISCHE
BILDUNG
TUTZING

Akademie-Report

82323 Tutzing

Tel. 00158/256-0

Fax 00158/256-14

3/97

Seit 40 Jahren Kraftwerk politischer Bildung

Politiker würdigen die in Deutschland einzigartige Akademie - Bartoszewski als Festredner



Landtagspräsident Johann Böhm (links) und Festredner Bartoszewski gratulierten der Politischen Akademie und ihrem Direktor, Heinrich Oberreuter (rechts), zum 40jährigen Bestehen.

Foto: Poss

Politiker und Festredner würdigten auf dem Festakt 40 Jahre erfolgreicher Akademiearbeit in Tutzing. Stabilität und Kontinuität wurden hervorgehoben, aber auch die Notwendigkeit, sich auf die großen Fragen der Zeit in einer Welt des Umbruchs einzustellen. Den Jubiläumsvortrag im Bayerischen Landtag hielt der polnische Politikwissenschaftler Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski. Sie lesen die Dokumentation der Veranstaltung ab Seite 3.

Konzept Nachhaltigkeit

Bereits wenige Wochen nachdem die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ unter Vorsitz von Marion Caspers-Merk (SPD) ihren Zwischenbericht vorgelegt hatte, konnte dieses Ergebnis auf den Prüfstand einer Tutzinger Expertentagung gestellt werden.

Die Themenkreise „Bauen und Verkehr“ standen dabei im Mittelpunkt. Die Sicht betroffener Kommunalpolitiker brachten Josef Deimer, Oberbürgermeister von Landshut, und die Münchner Stadtbaurätin Christiane Thalgott in das Gespräch ein. Praktische Probleme und die Notwendigkeit einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik standen im Mittelpunkt der Vorträge der beiden Politiker.

Wir dokumentieren beide Vorträge ab Seite 16.



Prominenter Besuch in Tutzing : von links) Strafrechtsexperte Schroeder, Tagungsleiter Weber, Minister Schmidt-Jortzig und Akademiedirektor Oberreuter.

Foto: Kaaserer

Justiz in Diktaturen

Die juristische Aufarbeitung der Rechtsprechung in totalitären Systemen war Thema einer Fachkonferenz für Juristen und Historiker. Prominentester Redner auf dieser Tagung war Bundesjustizminister Eckhard Schmidt-Jortzig (FDP). Er vertrat die Auffassung, der bundesdeutschen Justiz seien bei der Aufarbeitung des Justizunrechts in der ehemaligen DDR keine Vorwürfe zu machen. Weitere Experten waren Prof. Spindel (Würzburg), Falco Werkentin, der stellvertretende Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, der Regensburg-er Strafrechtsprofessor Friedrich-Christian Schroeder, Staatsanwalt Ludwig Dreeßen, der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen und der Berliner Generalstaatsanwalt Christoph Schaefgen. Lesen Sie die Rede des Justizministers sowie das Presse-Echo ab Seite 23.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Akademie-Jubiläum:	
Heinrich Oberreuter: Verhaltensethik und Urteilsbildung gewinnen	3
Johann Böhm: Kraftwerk politischer Bildung	5
Hans Zehetmair: Seismographisch Probleme in der Gesellschaft registrieren	7
Renate Schmidt: Niemals Missionsstätte gewesen	9
Hans Maier: Politische Bildung mitten im Streit der Geister	11
Wladyslaw Bartoszewski: Zivilcourage als Bürgertugend	13
Konzept Nachhaltigkeit:	
Josef Deimer: Kompakte Stadt: Konkretisierung eines Leitbilds	16
Christiane Thalgott: Stadt der kurzen Wege	20
Justiz im Zwiellicht:	
Edzard Schmidt-Jortzig: „Überfordert - unfähig - unwillig?“ Möglichkeiten und Grenzen der Ahndung von Justizunrecht durch den Rechtsstaat	23
Presseschau	25
Themen - Tagungen - Termine	27
Veranstaltungskalender	29
Anmeldehinweise	31
Namen und Nachrichten	32

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Hans **Maler**

Vorsitzender des Beirats:
Hermann **Kumpfmüller**

Kollegium:

Dr. Horst **Denzer**, Dozent
Grundsatzfragen von Staat und Politik, Internat. Politik

Gebhard **Diemer**, M.A., Dozent
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Klaus **Grosch**,
Internat. Politik, Landeskunde, Erwachsenenbildung

Uwe **Kranenpohl**, M.A.
Pers. Referat des Direktors

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt
Parteiendemokratie, Extremismus, Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Piazolo**, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**
Gesellschaft und Umwelt

Organisationsreferat:
Klaus **Grosch** (komm.)

Akademie-Report

Herausgeber:
Akademie für politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0
Fax 08158/256-14

Redaktion: Prof. Dr. Heinrich
Oberreuter (verantw.)
Dr. Michael Schröder

Mitarbeit: Karin Sittkus

Druck: Neue Presse Druckservice
Watzmannstr. 2a
84529 Tittmoning

Der Akademie-Report wird kostenlos
abgegeben

Verhaltensethik und Urteilsbildung gewinnen

Warnung vor selbstzufriedenem Zurücklehnen

von Akademiedirektor Professor Dr. Heinrich Oberreuter

„Wie sehr der Gemeinsinn verkümmert, das spüren wir alle, und es ist betrüblich, daß, je mehr von Freiheit und Freiheiten gesprochen wird, um so weniger Verständnis für diesen Gemeinsinn da ist. Der Sinn des einzelnen für die Verantwortung gegenüber dem Ganzen, das ist die Erziehungsaufgabe, der wir uns alle gemeinsam stellen wollen! Dazu gehören einmal Kenntnisse und dazu gehört zum anderen Gesinnung.“ Für die einen mag das modern klingen, für andere nicht. Daß man über das komplementäre Verhältnis von Freiheit und Gemeinsinn, von Kenntnis und Gesinnung diskutieren kann, das macht den Reiz dieses Zitats aus, das übrigens keiner kommunitaristischen Feder entstammt, sondern politischem Verstand.

Die Abgeordnete Dr. Brücher genießt das Urheberrecht - von diesem Pult aus, anlässlich einer der streitigen Debatten über unser Akademiegesetz, von dem man meinen könnte, es sei als Idee Waldemar von Knoeringens damals ein Brennpunkt der politischen Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Opposition im Landtag gewesen - bei einer für heutige Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Rollenverteilung zwischen den politischen Parteien. Damals, 1957, entfaltete jedenfalls die Idee ihren Charme, diesen Spannungsverhältnissen, welche politischer Bildung bis heute Stoff geben, im Rahmen einer Akademie nachzugehen. Es war eine spezifische Zeit, in welcher die aus dem politisch-kulturellen Erbe fließenden Beschwerden der Demokratiegründung und Demokratieverankerung

Politische Bildung verankern

geläufig waren und die Kultusminister unter Assistenz der Alliierten Beschlüsse faßten, politische Bildung an den Schulen und Politikwissenschaft an den Universitäten zu verankern - bewußt als Demokratiewissenschaft und in der Absicht, die totalitäre Verstrickung und Erfahrung zu überwinden und zu verarbeiten. Es war noch immer eine Gründungs- und auch eine Notsituation, in der Durkheim's Erkenntnis relevant war: wann immer nämlich das Gemeinwohl Opfer von den Mitgliedern der Gesellschaft verlangt, ist die Exi-

stenz eines „kollektiven Gewissens“ wichtig. Aber auch in mehr oder weniger „normalen“ Situationen ist es eine permanente Aufgabe, die Überzeugung und Werte der Individuen mit den Legitimitätsideen der öffentlichen Ordnung zu versöhnen, weil eine Kluft zwischen beiden letztlich die Legitimität untergrübe. Die demoskopischen Archive zeigen uns, wie mühselig der



„Geist und Politik auseinanderzurücken, ist ein deutsches Mißverständnis“:
Heinrich Oberreuter bei seiner Rede im Landtag. Foto: Poss

Terraingewinn für die Demokratie in der Nachkriegsgesellschaft verlief. Diesen Prozeß galt es zu unterstützen, ja anzustoßen. Es ging um die großen Fragen politischer Freiheit und politischer Ordnung und darum, die Bürger für die Demokratie zu gewinnen, die Bürger, die doch - wie hier im Hohen Hause zutreffend bemerkt worden ist - politisch weithin uninteressiert und uninformiert waren, die Jugend nicht zu-

stimmung in der Einsicht, daß es in Grundfragen der Demokratie und der ihr gemäßen politischen Bildung keine Trennungslinie zwischen Mehrheit und Opposition geben dürfe, sondern nur eine gemeinsame Verantwortung. Über den Weg, diese Verantwortung wahrzunehmen, läßt sich stets trefflich streiten - so daß sich sogleich erkennen ließ, wie sehr ein freiheitliches Gemeinwesen von Pluralität bestimmt ist

Mit einem Festakt im Bayerischen Landtag feierte die Akademie für Politische Bildung am 6. Juni ihr 40-jähriges Bestehen. Lobender Rückblick und aufmunternde Worte für die Bewältigung der schwierigen Zukunftsaufgaben in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft waren der einhellige Grundtenor aller Festredner. Immer wieder wurde betont, wie vorausschauend die „Erfinder“ der Akademie im Jahre 1957 gedacht haben und wie einzigartig die gesetzliche Konstruktion der Akademie bundesweit ist. Wir dokumentieren - zum Teil leicht gekürzt, die Reden und den Festvortrag von Prof. Wladyslaw Bartoszewski zum Thema „Zivilcourage als Bürger-tugend“.

- eine nicht für jedermann einfache Einsicht. Letztlich hat die damalige Mehrheit die Akademiegründung beschlossen - ohne daß deswegen die Opposition die zeitgeschichtlichen Probleme und die Notwendigkeit politischer Bildung verkannt hätte. Heute könnte unsere Bindung zum Landtag enger und besser gar nicht sein....

Natürlich ist es gar nicht möglich, vier Jahrzehnte politischer Bildung zu bilanzieren. Ich möchte nur die These wagen, daß die Demokratie als politische Ordnung in Deutschland nicht mehr um Akzeptanz zu ringen braucht. Wer sie bestreitet, isoliert sich in der Gesellschaft. Das ist zumindest der Grundton, den auch schrille Dissonanzen, die bisweilen auftreten, nicht verfärben können. Die Bürger unterscheiden sehr wohl zwischen der Demokratie als Staatsform und der Leistungsfähigkeit

ches und soziales Problem, jedoch keineswegs allein. Durchaus selbstkritisch ist nach unserem Beitrag zur Entwicklung und Vermittlung solcher Perspektiven zu fragen. Wir werden ihn nicht leisten, wenn wir die Aufgabenfelder politischer Bildung wie üblich geworden in der Risikogesellschaft, der Erlebnisgesellschaft und der Vereinigungsgesellschaft - also modisch auf den Tag bezogen - suchen, statt im Grundsätzlichen. Eine gewisse Skepsis nährt auch die Entwicklung in unseren Bezugswissenschaften, die vor lauter Spezialisierung und Professionalisierung die großen Fragen kaum noch thematisieren, statt sie an die gewandelten Verhältnisse hartnäckig neu zu stellen. Eine angemessene Verhaltensethik und selbständige Urteilsbildung - Ziele, die schon Arnold Bergstraesser politischer Bildung bei der Wegberei-

praktisch zu werden. Das verbarg sich in den 50er Jahren hinter dem Begriff „Demokratiewissenschaft“. Auf diesem Hintergrund läßt sich auch leichter verstehen, daß auch eine „politische“ Akademie nichts anderes sein kann als ein sich ständig erneuernder Ort geistiger Auseinandersetzung. Die „großen Fragen“ verlangen das ohnehin. Geist und Politik auseinander zu rücken, ist ein deutsches Mißverständnis. Das der Politik zugewandte Leben erschien den Klassikern der Antike als

„Gebildete“ ohne politischen Verstand

die für Normalmenschen höchste erreichbare Lebensform. Plato und Aristoteles wäre ein Mensch ohne politische Bildung überhaupt nicht gebildet erschienen. Bei uns kann man mit der These, politische Bildung sei Teil der Allgemeinbildung, folgenlos Furore machen, und wir leisten uns offensichtlich massenhaft „Gebildete“, ohne gefestigten politischen Verstand.

Dabei stehen wir vor Umbrüchen, die aller intellektuellen Anstrengung wert sind. Wie werden wir leben? Was bleibt von der Arbeitsgesellschaft? Entwickeln wir eine neue Bürgerkultur? Erleben wir eine Renaissance der Selbstverantwortung? Welche Rolle bleibt dem Staat? Weder in der politischen Tagesbetriebsamkeit noch im Reizklima der Medien wird sich Orientierung finden lassen. Wir brauchen Orte, an denen sich Argumente und Diskurse noch durchhalten lassen, statt vor Zeit- und Opportunitätswängen zu kapitulieren. Wir brauchen Akademien, die auf der Höhe der Zeit sind. Sind wir es? Sind wir jenes „geistig-pädagogische Kraftzentrum für die gesamte politische Bildungsarbeit“, das zu werden uns damals vom Landtag vertrauensvoll zugemutet wurde? Wir bemühen uns. Doch sind wir durchaus noch verbesserungsfähig - ein wohlfeiles Eingeständnis, denn eine Akademie, die sich selbstzufrieden zurücklehnt, hört im gleichen Augenblick auf, eine zu sein. Das wollen wir uns, das wollen wir unseren Erfindern und Erzeugern, das wollen wir der politischen Bildung nicht antun. ■



Zeichnung: Liebermann

der politischen Institutionen und Akteure. Die seit Jahren wachsende Kritik an und die Distanzierung von ihnen hat die Wertschätzung des demokratischen Systems nicht wesentlich erschüttert -

Demokratie akzeptiert

- noch nicht. Allerdings wächst die junge Generation nun in eine kritikbereite Stimmungslage hinein, die von Verunsicherungen über wirtschaftliche und soziale Umbrüche begleitet ist. Die jüngsten Befunde wirken wie ein Echo der verunsicherten Erwachsenenwelt - was ich gar nicht beruhigend finde, wenn wir keine Perspektiven zu vermitteln wissen. Das ist gewiß - es war schon immer so - auch ein wirtschaftli-

ches und soziales Problem, jedoch keineswegs allein. Durchaus selbstkritisch ist nach unserem Beitrag zur Entwicklung und Vermittlung solcher Perspektiven zu fragen. Wir werden ihn nicht leisten, wenn wir die Aufgabenfelder politischer Bildung wie üblich geworden in der Risikogesellschaft, der Erlebnisgesellschaft und der Vereinigungsgesellschaft - also modisch auf den Tag bezogen - suchen, statt im Grundsätzlichen. Eine gewisse Skepsis nährt auch die Entwicklung in unseren Bezugswissenschaften, die vor lauter Spezialisierung und Professionalisierung die großen Fragen kaum noch thematisieren, statt sie an die gewandelten Verhältnisse hartnäckig neu zu stellen. Eine angemessene Verhaltensethik und selbständige Urteilsbildung - Ziele, die schon Arnold Bergstraesser politischer Bildung bei der Wegberei-

Kraftwerk politischer Bildung

von Landtagspräsident Johann Böhm

Man sagt zwar bekanntlich: „Die Schwaben werden erst mit Vierzig gescheit.“ Über den generellen Aussagewert dieser Erkenntnis kann und will ich als Franke nicht urteilen. Speziell für die Akademie für Politische Bildung stimmt dieser Satz jedenfalls nicht. Sie war vom ersten Tag an eine „gescheite“ Einrichtung, die eine beeindruckende Erfolgsgeschichte aufweisen kann. Auch Schwaben haben im übrigen daran mitgewirkt. Der eingangs zitierte Satz kann also allenfalls bedeuten, daß die Akademie in eine weitere Phase der Weisheit eintritt.

Das hängt auch mit ihrem Namen zusammen. Zwar konnte der Heros Akadémios im Kreis der „Olympier“ nicht sonderlich reüssieren. So soll er weder im Trojanischen Krieg Partei ergriffen haben noch in den Armen der Aphrodite gelegen sein. Wahrscheinlich wäre diese Götterfigur noch weit weniger bekannt, hätte sich nicht Platon mit seinen philosophischen Freunden im schattigen Hain, der den Namen dieses Gottes trug, zu gemeinsamem Denken getroffen. Der antike Philosoph legte vor den Toren Athens die Grundlagen für eine Einrichtung, die der geistigen Entfaltung diene. So wurde Plato auch zu einem „Apostel der politischen Bildung“. Damit kann ich die Brücke zu dem Ereignis vor 40 Jahren schlagen, das uns heute hier zusammenführt. Damals haben sich - gleichsam in apostolischer Tradition - in Tutzing vor den Toren Münchens

Verbundenheit zwischen Landtag und Akademie

Gelehrte niedergelassen, um im Sinne Platons die Erfahrungen der praktischen Politik sowie die Ergebnisse der Wissenschaft für die politische Bildung auszuwerten. So entstand - ich zitiere

aus dem Protokoll vom 30. Januar 1957 - „ein Kraftwerk, von dem aus die politische Bildung wirksam werden kann“. Dort werden Streitgespräche geführt, dort finden Diskurse über politische und gesellschaftliche Fragen statt, Theoretiker und Praktiker treffen aufeinander und finden nicht selten auch zueinander, unbequeme Fragen werden gestellt, Antworten darauf gesucht und wie so häufig nicht erschöpfend gefunden. Seit vier Jahrzehnten handelt die Akademie nach der klassischen Maxime: „Amicus Plato, sed magis amica veritas“ etwas frei übersetzt: Ein guter Freund ist Platon, doch unsere beste Freundin ist die Wahrheit. Aber wir alle wissen: in politischen Dingen wie überhaupt in der Immanenz gibt es keinen Anspruch auf absolute Wahrheit. Als Hausherr freue ich mich, daß der Festakt aus Anlaß des 40jährigen Be-



Landtagspräsident Böhm: „In Tutzing ist die politische Energiegewinnung in besten Händen“
Foto: Poss

stehens der Akademie für Politische Bildung im Plenarsaal des Bayerischen Landtags stattfindet. Das unterstreicht nicht nur die enge Verbundenheit zwischen der bayerischen Volksvertretung und der Akademie. Hier im Landtag liegt ja auch die Wiege dieser Bildungseinrichtung. Liest man die Parlamentsprotokolle nach, wird deutlich, daß sich die Abgeordneten damals sehr intensiv mit den Erfordernissen der politischen Bildung auseinandergesetzt haben. Über ein Jahr zogen sich die Beratungen im Landtag hin. Es gab zwei Gesetzentwürfe, von seiten der Regierung und der Opposition, die leidenschaftlich und mit Sachverstand in mehreren Ausschüssen beraten wurden; ferner waren zahlreiche Einwendungen des Bayerischen Senats Gegenstand parlamentarischer Beratungen, bis schließlich am 17. Mai

1957 bei nur einer Gegenstimme und 5 Enthaltungen das „Gesetz über die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung“ angenommen wurde. Dieser legislative Zeugungsakt war eine gute Entscheidung, was man wohl nicht immer von jeder sagen kann. Auftrag und Wirken der „Akademie“ sind in einer Präambel festgelegt. Dieser besondere Rahmen hebt die Bedeutung hervor, die der neu geschaffenen Tagungs- und Begegnungsstätte für die Fortentwick-

Recht auf Selbstverwaltung

lung und Vertiefung des demokratischen Bewußtseins bei den Bürgerinnen und Bürgern zugemessen wurde. Das Akademie-Gesetz wurde seither niemals geändert - auch das ist ein gutes Zeugnis für seine Treffsicherheit und seine Bewährung in der Praxis. Darüber hinaus besitzt die Akademie für Politische Bildung als Anstalt des Öffentlichen Rechts das Recht der Selbstverwaltung, verbunden mit einer gesicherten Finanzierung, somit also einen rechtlichen Sonderstatus, der - so drückte es der erste Akademiedirektor Dr. Felix Messerschmid aus - „jene Freiheit gewährt, die im Bewußtsein der Bürger grundzulegen zu ihren wichtigsten Zielen gehört“. Die Grundlagen für diese Bildungseinrichtung haben damals Politiker, Wissenschaftler, Pädagogen und Publizisten gemeinsam gelegt. Sie waren überzeugt, daß die noch junge Demokratie durch die Vermittlung von Wissen und durch die Einübung demokratischer Spielregeln verstärkt in den Köpfen und Herzen der Menschen verankert werden solle. Prof. Arnold Bergsträsser, der zu den Gründervätern zählte, führte dazu in einem Vortrag vor den bayerischen Abgeordneten am 22. Februar 1956 aus: „Politische Bildung ist dazu da, das gegenseitige Verhalten der Menschen in einer der Freiheit und vor allen Dingen der Selbstständigkeit des Urteils förderlichen Weise zu beeinflussen.“ Selbstständiges Urteilen - so lehrt die Erfahrung - bedarf zuallererst der Information. Hier setzt die politische Bildung an. Sie vermittelt Kenntnisse über politische, rechtliche, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge und befähigt dadurch zur Teilnahme am politischen Geschehen. Die Demokratie lebt ja

vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger und vom Vertrauen, das sie den politischen Institutionen und den in ihnen wirkenden Entscheidungsträgern entgegenbringen. Fünf Jahrzehnte deutscher Nachkriegsgeschichte haben bei uns ein hohes Maß an sozialer und wirtschaftlicher Stabilität

der in der genannten Studie befragten Jugendlichen, ihre Interessen würde von keiner Partei vertreten. Viele halten die Strukturen des politischen Systems für zu starr und zu anonym. Die Metapher vom „Leviathan-Staat“ feiert offenbar wieder Urständ. Daher wird es nicht als lohnend empfunden, sich

„Demokratie ist keine Vollkaskoversicherung“

(Siegfried Schiele)

geschaffen und demokratische Strukturen entstehen lassen, auf denen auch die „neuen Länder“ aufbauen können. Aber dieser Demokratisierungsprozeß ist kein perpetuum mobile. „Demokratie ist“, so drückte es Siegfried Schiele, der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg, einmal aus „keine Vollkaskoversicherung ohne Selbstbeteiligung. Sie ist aus sich selbst heraus nicht attraktiv genug. Autoritäre und totalitäre Versuchungen können verlockender sein. Die Demokratie ist etwas Nüchternes, etwas Formel- und Regelhaftes, ein System, das gelehrt und gelernt werden muß - eine klassische Aufgabe politischer Bildung.“ Die unverminderte Aktualität dieser Sätze hat vor kurzem die 12. Shell-Jugendstudie einmal mehr bestätigt. Danach sind junge Menschen zwar in der Regel ausreichend politisch informiert, und sie engagieren sich auch in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen, z. B. in Vereinen und Selbsthilfegruppen, in der Kirchengemeinde oder in der Schülermitverwaltung. Sie wollen selbst sehen, ja buchstäblich „begreifen“, wie ihre Initiativen Gestalt annehmen. Wer sich persönlich einbringt, will seine Vorstellungen in einer „Politik der kurzen Wege“ durchsetzen. Betroffenheit - durchaus im positiven Sinne - strebt

Hochkonjunktur von Bürgerbefragungen

nach „direkter Demokratie“, nach einer möglichst unbehinderten Konkretion. Die Hochkonjunktur von Bürgerbefragungen bestätigt im übrigen den Trend zu einer Politik des „Mikrokosmos“. Den etablierten Politikformen stehen junge Menschen mit großer Skepsis gegenüber. So meinen 60 %

in der Politik zu engagieren. Diese Informationen sind insgesamt alarmierend, und zwar für die Verantwortlichen in der politischen Bildung und für die Vertreter der politischen Praxis. Der Altmeister Prof. Theodor Eschenburg hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die effektivste politische Bildung durch die Politik selbst geschehen muß. Die politische Bildung und die Politik sind also gefordert, der jungen Generation, die Politik wie Politiker großenteils mit einem naiven moralisch-idealistischen Maßstab beurteilt, eine realistische Auffassung von Demokratie zu vermitteln. Dazu gehört, daß Dialog und Streit ebenso zum Wesen der Demokratie gehören wie bestimmte Prozeduren im parlamentarischen Alltag. Demokratie ist nun einmal eine komplizierte Staatsform, in der Politik gestalten

Skepsis weit verbreitet

nicht bedeutet, gleichsam im Hauruckverfahren praktikable Antworten auf die Fragen der Zeit zu finden. Vielmehr gilt es, ausgetretene Pfade kritisch zu überprüfen und angesichts der aktuellen Probleme nach gemeinsamen Lösungswegen zu suchen. Dazu aber ist die nüchterne Einsicht notwendig, „daß ... verantwortungsbewußte politische Parteien als Volksparteien geradezu gezwungen sind, sich zu bemühen, politische Ziele gegeneinander abzuwägen, sie in ihren Zusammenhängen zu sehen, zu verarbeiten und Kompromisse zu schließen.“ Karl Carstens! (früherer Bundespräsident). Im politischen Alltag gehört der visionäre Wurf, das Ringen um die großen Ideen, eher zu den Sternstunden. Der Begriff der „politischen Ordnung“ schließt ein, daß auch scheinbar schlichte Abläufe geregelt werden müs-

sen. Um jungen Menschen ein realistisches Bild der Politik nahezu-bringen, lädt der Bayerische Landtag jährlich mehrere Tausend Schüler aller Schularten ein; unter pädagogischer Anleitung von Fachkräften „vor Ort“ werden sie in die Funktionsweise des parlamentarischen Systems und die Aufgaben der Abgeordneten eingeführt. Nachträgliche Befragungen unter den Schülern haben ergeben, daß die Besuche wenigstens partiell Distanz und Vorurteile abgebaut haben... Es wurden neue Formen der Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landtag „in Bewegung“ gesetzt, die von einer wachsenden Zahl von Zuhörern mit großem Interesse aufgenommen werden. Ich meine zum einen die Vortrags- und Diskussionsreihe unter

Realistisches Politikverständnis

dem Titel „Colloquium zum Landesparlamentarismus“, die vor einiger Zeit an drei verschiedenen Orten Bayerns Vertreter von Politik, Wissenschaft und Medien zusammenführte und miteinander ins Gespräch brachte; zum anderen die „Akademiegespräche“, die ein Forum bieten für aktuelle politische und gesellschaftliche Themen - so auch wieder in nächster Zeit. Die geistige Ernte der verschiedenen Veranstaltungen ist inzwischen publiziert und kann von einem größeren Multiplikationskreis nachgelesen werden. Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen und der Akademie für Politische Bildung, ihrem Direktor, Prof. Oberreuter, und seinem Team für die fruchtbare Zusammenarbeit in der gemeinsamen Verantwortung für die politische Bildung herzlich danken. Mit meinem Dank verbinde ich die Bitte an die „Nachfahren Platons“, weiterhin mit dem gewohnten Schwung und der erprobten Ausdauer tätig zu sein, damit im Anklang an die bekannte Sentenz auch künftig gerühmt werden kann:

„Politisch interessierter Bürger, kommst du aus Tutzing, verkündige daheim, du seiest in Oberreuters Haus über Politik unterrichtet worden, wie das Gesetz es befahl.“

In diesem Sinne: Der Politischen Akademie ein herzliches Glückauf für das fünfte Jahrzehnt! ■

Seismographisch Probleme in der Gesellschaft registrieren

von Kultusminister Hans Zehetmair

40 Jahre Akademie für Politische Bildung liefern sicherlich per se noch keinen Grund, nach einer neuen Standortbestimmung zu fragen; sie spiegeln aber sehr wohl den Hintergrund dafür. 40 Jahre erfolgreiche Arbeit - das ist heute zuallererst festzustellen und zu würdigen. 40 Jahre politische Bildung fordern aber auch die Frage geradezu heraus: Wieviel wurde eigentlich erreicht in dieser Zeit, und wo liegt für die Zukunft unser Auftrag?

Der Direktor der Akademie stellt sich diesen Fragen selbstverständlich; aber natürlich betreffen sie auch den Politiker, denn wir sind doch auch unmittelbar betroffen, wenn nicht gar involviert. Politik und politische Bildung gehören eng zusammen. Die Rolle des Politikers in der politischen Bildung kam bereits bei der Eröffnungsveranstaltung der Akademie vor knapp 40 Jahren zur Sprache, als der damalige Ministerpräsident Hanns Seidel, an

Notwendiger Dialog

die im Leben stehenden Männer und Frauen aller Parteien gewandt, mahnte: „Die Glaubwürdigkeit und die Anziehungskraft der freiheitlich-demokratischen Ordnung hängt nicht zuletzt von den politischen Persönlichkeiten ab... deshalb ist jedes politische Handeln meist auch ein Stück dessen, was wir politische Bildung nennen.“ Es wäre in der Tat nichts falscher, als die Verantwortung für mögliche Defizite in der politischen Bildung in unserem Land den Institutionen zuzuweisen, die diesen Auftrag in ihrem Namen führen. Das Gegenteil ist wohl der Fall. Geradezu seismographisch registriert die Akademie für Politische Bildung immer wieder die Problembereiche in unserer Gesellschaft, greift die aktuellen Fragen der Zeit auf, sucht Lösungsansätze im Zusammenwirken mit sogenannten Multiplikatoren aus den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen und spart auch nicht mit deutlichen Hinweisen an die Vertreter der Politik, wenn Defizite zu beklagen sind - ganz so wie es ihrem gesetzlichen Auftrag entspricht: auf überparteilicher Grundlage im Dienst der freiheit-

lich-demokratischen Grundordnung! Der Dialog zwischen der Akademie und Repräsentanten der Politik ist aus meiner Sicht wesentlicher Bestandteil von politischer Bildung. Gerade angesichts der rasanten Wandlungsprozesse, die ja nicht nur Wissenschaft und Technologie betreffen, sondern unsere Gesellschaft in allen Bereichen ergriffen haben, gewinnt der Aspekt der politischen Bildung für Politiker an aktueller Bedeutung. Diesen Gedanken in der Zukunft noch stärker zu akzentuieren, halte ich nicht für abwegig. Seit ihrem Bestehen hat die Akademie sich stets als eine Institution betrachtet, die sich vornehmlich an Multiplikatoren der politischen Bildung wendet. Diese Zielrichtung war von Anfang an gewollt und hat sich in den vergangenen

Verdienste in der Lehrerfortbildung

40 Jahren als sinnvoll erwiesen. So nimmt beispielsweise die Lehrerfortbildung nach wie vor breiten Raum in der Angebotspalette der Akademie ein. Seit nunmehr 25 Jahren bewährt sich mittlerweile die Kooperation mit der Akademie für Lehrerfortbildung in Dillingen; hier sind große Verdienste zu verzeichnen. Dieser Arbeitsbereich verweist zweifellos auf den Aspekt des Grundsätzlichen, in dem politische Bildung wurzelt. Und obwohl es hier um fundamentale Inhalte geht, um die Weitervermittlung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, ist auch die Lehrerfortbildung häufig auf den Tag bezogen, d.h. es werden oft brandaktuelle Themen aufgegriffen, die durchaus einen „Feuerwehreinsatz“ rechtfertigen. Nun bilden Lehrer aller Schularten zwei-

felsohne die offensichtlichste Gruppe der Multiplikatoren politischer Bildung, sie sind aber bei weitem nicht die einzige. Die Überlegung, welche Adressatengruppen eine Akademie ansprechen will, welche sie überhaupt erreichen kann, hat von Beginn an eine wichtige Rolle gespielt; sie war bereits Gegenstand der parlamentarischen Beratungen zum Akademiegesetz. Die Frage hat insbesondere angesichts der Medienentwicklung der letzten zehn Jahre an Brisanz gewonnen. Wer ist heute Multiplikator wofür und für



Kultusminister Zehetmair: „Die Akademie spart nicht mit deutlichen Hinweisen an die Politik, wenn Defizite zu beklagen sind.“ *Foto:*

wen? Die Akademie setzt bereits an verschiedenen Punkten an, wendet sich z.B. verstärkt an Journalisten und bestimmte Verbände, sucht Medienwirksamkeit durch prominente Besetzung ihrer Veranstaltungen und schafft Nähe zum Adressaten durch Ortswechsel; die äußerst erfolgreichen Akademiegespräche im Landtag seien nur beispielhaft genannt. Diese Wege wird man weitergehen und neue Verzweigungen entwickeln müssen, will man am Puls der Zeit bleiben und weiterhin Wirksamkeit erzielen. Denn eines ist uns wohl allen klar: Der Erfolg der Akademiearbeit wird auch in Zukunft sehr davon abhängen, ob es gelingt, den Staatsbürger, über die Vermittlung des grundlegenden Wissens hinaus, zur Mitgestaltung und Mitverantwortung anzuregen. Ein demokratisches Staatswesen, so gefestigt es auch immer sein mag, ist ein lebendiger Organismus mit vielfältigen Strömungen und komplexen Strukturen, der ständigen Wandlungsprozessen unterworfen ist. Was in der Gründungszeit der Akademie bezogen war auf die

Konsolidierungsphase der noch recht jungen Republik, steht heute im Kontext sogenannter Parteienverdrossenheit, nicht zufriedenstellender Wahlbeteiligungen und Politikmüdigkeit gewisser Schichten. Im Staatsbürger die Verpflichtung zur Mitverantwortung und die Notwendigkeit der Mitgestaltung wachzurufen - die Aufgaben sind in den vergangenen 40 Jahren nicht geringer geworden; die Akademie für Politische Bildung ist heute wichtiger denn je. Und ich bin überzeugt, den Satz wird man auch in 40 Jahren sagen können... Die demokratischen Grundwerte als Basis für unser Zusammenleben müssen immer wieder ins Bewußtsein gerufen werden. Sie mit den vielfältigen Zeiterscheinungen so in Einklang zu bringen, daß Demokratie gelebt wird, ist auch für die Zukunft unverzichtbare Forderung an die Arbeit der Akademie. Konkret bedeutet dies, daß sie weiterhin auf aktuelle politische und gesellschaftliche Konstellationen reagieren muß, wie sie es angesichts des enormen zeitgeschichtlichen Umbruchs seit 1989/90 in umfassender Weise getan hat und immer noch tut. Auch dem großen Zukunftsthema Europa widmet sich die Akademie intensiv. Die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels, der Globalisierung, der rasanten Entwicklung zur Informationsgesellschaft - so kann man die zentralen Zukunftsaufgaben für die politische Bildungsarbeit umreißen, auch wenn diese Schlagworte den Begriff Politik gar nicht enthalten. Ich bin überzeugt, die Akademie wird diese Aufgaben mit Energie und Sachverstand angehen, wie sie sich auch in der Vergangenheit allen anstehenden Fragen gestellt hat. Ich erinnere an den Gründungsdirektor, Dr. Felix Messerschmid, der die Akademie bis 1970 geführt und die Grundlinien der Akademiearbeit entwickelt hat. Ihm folgte Prof. Dr. Manfred Hättich nach, dem ich heute auch noch einmal persönlich danken darf für sein engagiertes Wirken an der Spitze der Akademie bis ins Jahr 1993. Gerade die siebziger Jahre waren ja geprägt von einem leb-

haften öffentlichen Interesse an politischen Themen und heftigen Diskussionen; bis in die Zeit nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, nach Wende und Wiedervereinigung haben Sie der Akademie Ihren Stempel aufgedrückt und wurden förmlich identifiziert mit

dem und fördern vehement Kooperation und Bündelung möglichst vieler Kräfte, Sie initiieren Begegnungen von Politik, Wissenschaft und Praxis; damit können sicher weitere Ressourcen für die politische Bildung erschlossen werden. Mittelpunkt der politischen

Bildung im Land zu sein, muß das Ziel der Akademie bleiben. Sie hat sich in der Vergangenheit ja schon verschiedentlich als „Karriereschmiede“ erwiesen und das politische Leben mit bedeutenden Kräften bereichert. Mittelpunkt in der politischen Bildungslandschaft zu sein beinhaltet aber viele Facetten. Facettenreichtum erwarten wir von ihr. Sicher stimmen mir darin auch die Mitglieder des Kuratoriums und des Beirates zu, die der Akademie hilfreich zur Seite stehen. Ich will auch ihnen für ihr Engagement im Dienst des gemeinsamen Anliegens herzlich danken.

Am wichtigsten scheint mir jedoch immer die konkrete Umsetzung der großen Ideen und Leitlinien. Ich danke deshalb besonders den Dozenten und Mitarbeitern der Akademie auf den verschiedensten Ebenen für ihren täglichen Einsatz... Die Staatsregierung ist sich der Bedeutung der Akademie für Politische Bildung wohl bewußt und hat deshalb stets alle Anstrengungen unterstützt, sie auch finanziell abzusichern und damit für die Zukunft zu rüsten.

Politische Bildung muß Sache aller Demokraten sein und bleiben. Dies bedeutet nicht, daß einer Scheinobjektivität und Meinungslosigkeit das Wort geredet wird; politische Bildung muß auch die Entwicklung einer Haltung und den Mut zum politischen Bekenntnis zum Ziel haben. Konsens und Differenz schließen einander nicht aus, beide gehören zur Realität gesellschaftlichen Zusammenlebens. Ebenso wenig müssen sich die Beschäftigung mit dem Grundsätzlichen und mit dem aktuellen Tagesgeschehen ausschließen. Die Akademie für Politische Bildung wird auch in Zukunft nicht umhin kommen, hin und wieder Feuerwehr zu spielen. Und das ist gut so. Denn auch dafür haben wir sie... ■



Zeichnung: Mester

dem Namen der Akademie. Seit vier Jahren kämpft nun Prof. Dr. Heinrich Oberreuter an dieser Front der politischen Bildung. Ich danke auch Ihnen herzlich für Ihre großen Anstrengungen und wünsche Ihnen noch viel Kraft in diesem Amt.

Ihre Bemühungen an der Spitze dieses Hauses sind stets getragen von dem Gedanken, der bereits bei seiner Eröffnung Ausdruck fand: Die Akademie sollte den Mittelpunkt aller sich um die politische Bildung bemühenden Kräfte bilden. Damit wurde ihr seinerzeit im Kreis der übrigen Akademien und der

Finanzielle Absicherung

Stiftungen der politischen Parteien ein zentraler Platz zugewiesen; diese Stellung stützt sich auf eine bundesweit einmalige gesetzliche Grundlage mit einer ganz besonderen rechtlichen Konstruktion. Die damit eröffneten Freiräume voll zu nutzen und die intendierte Rolle zu spielen, dies bedarf ständig neuer und größerer Anstrengungen. Stagnation gibt es ja in Wirklichkeit nicht; wer sich nicht weiterentwickelt, bleibt bekanntlich nicht stehen, sondern er fällt zurück. Ich weiß, daß ich Professor Oberreuter mit dieser Mahnung aus der Seele spreche. Sie for-

Niemals Missionsstätte gewesen

Keine Demokratie ohne aktives Engagement

von Renate Schmidt, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion

Wir feiern heute den 40. Jahrestag einer Einrichtung, der ein mehr als einjähriges Gesetzgebungsverfahren voraus ging. Allein der kulturpolitische Ausschuß des Landtags hat sich von Juni 1956 bis April 1957 zwölfmal mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Wer die seinerzeitigen Protokolle auch nur flüchtig durchblättert, ist beeindruckt, mit welcher Leidenschaft und Intensität damals über Bildungs- und Kulturpolitik und damit zusammenhängend über die geistigen und moralischen Grundlagen der noch so jungen bayerischen Demokratie und ihr Staatsverständnis gerungen wurde.

Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes, am 24. April 1956, äußerte der Sprecher der CSU-Fraktion, der spätere Ministerpräsident Hanns Seidel, die Besorgnis, daß die Politische Akademie, Zitat, „zur Missionsstätte der jeweils herrschenden Regierungsmehrheit“ zu werden drohe. „Missionsstätte der herrschenden Regierungsmehrheit“ - dieses Schreckgespenst trieb die CSU in Bayern damals um. Man wird es mir nicht verdenken, wenn ich ihr nach nunmehr 40 angstfreien Jahren dieses Gefühl wieder einmal gönne. Der Jubilarin will ich aber gerne bescheinigen, daß sie bis heute niemals irgendjemandes Missionsstätte war. Spiritus rector der Akademie für Politische Bildung war Waldemar von Knoeringen.

Ihm war bewußt, daß eine freiheitliche Demokratie nur dann auf festen Füßen stehen kann, wenn eine größtmögliche Zahl von Menschen sich für sie engagiert und sich in die Diskussion um die Grundlagen des Zusammenlebens aktiv einbringt. In den sechzi-



Renate Schmidt: „Wer die Qualität eines Parlaments an der echten oder scheinbaren Effizienz von Regierungsapparaten mißt, hat von der Bedeutung und vom Wesen des Parlamentarismus nichts begriffen.“ Foto: Poss

ger und siebziger Jahren war die Akademie für Politische Bildung, wie auch vergleichbare andere Akademien, ein Ort, von dem wichtige Impulse für das ausgingen, was man den gesellschaftlichen Diskurs nennt. Ein Forum, bei dem über die Tagesaktualität hinaus Gedanken entwickelt wurden, die, wenn auch oft mit zeitlicher Verzögerung, ihren Weg ins allgemeine Bewußtsein gefunden haben. In unserer zunehmenden Fast-food-Mediengesellschaft, in der Informationen immer mehr zu Infos verkümmern, ist diese Form des Diskurses über grundsätzliche Fragen leider in den Hintergrund geraten. Wenn heute jemand sagt, dieses oder jenes Thema sei etwas für Akademietagungen, ist dies keineswegs als Kompliment gemeint, sondern bedeutet, damit sollen sich irgendwelche praxisfernen Theoretiker

abseits des Tagesgeschäfts beschäftigen und uns, die dynamischen und pragmatischen Macher nicht weiter in unserem geschäftigen Treiben stören. In Wahrheit bedeutet eine solche Haltung die Scheu davor, Gedanken in einem Rahmen auszutauschen, wo das Gewicht von Argumenten nicht in Dezibel oder nach dem Ergebnis von TED-Umfragen gemessen wird. Ich folge den Einladungen der Akademie so oft ich nur irgend kann. Auch wenn mir das nicht jeder glaubt: Gerade, weil ich gleichsam von Berufs wegen gezwungen bin, ständig zu reden, genieße ich es, in nichthektischer Atmosphäre, anderen zuzuhören, Gedankengänge meiner Gesprächspartner in Ruhe zu versuchen nachzuvollziehen, meine eigenen Argumente daran zu messen - und sich auch in manchen Fällen zu korrigieren. Tagungen der Akademien bieten die Gelegenheit, vertieft über die Fragen nachzudenken, auf die ich, wie alle anderen Politikerinnen und

Fast-food-Mediengesellschaft

Politiker auch, ansonsten immer nur Antworten geben, oftmals ohne sie im ausreichenden Maße reflektiert zu haben. Politische Bildung, das Reden und Diskutieren über Politik, sind ein ganz wichtiger Kontrast zu einem Politikverständnis, das ausschließlich auf exekutives Handeln fixiert ist, und darin leider auch von einem großen Teil der Medien unterstützt wird. Unter dieser Geringschätzung lebendiger geistiger Auseinandersetzung leiden nicht nur Institutionen wie die politischen Akademien, sondern zunehmend auch die Parlamente. Und hier will ich einmal ganz deutlich sagen: Wer die Qualität eines Parlaments an der echten oder scheinbaren Effizienz von Regierungsapparaten mißt, hat von der Bedeutung und vom Wesen des Parlamentarismus nichts begriffen. Ich wehre mich leidenschaftlich gegen eine schleichen-

de Umkehrung der Gewaltenteilung, bei der den Volksvertretungen das Etikett von folgenlos debattierenden Schwatzbuden aufgepappt wird, an deren Sitzungen auch nur teilzunehmen vergeudete Zeit ist. Ich will nicht verschweigen, daß wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier an der Entstehung dieser Eindrücke nicht unschuldig sind.

Parlamentarismus nicht dem Entertainment opfern

Wir werden erhöhte Anstrengungen unternehmen müssen, unsere Arbeit noch verständlicher zu vermitteln. Die Grenze ist allerdings dort erreicht, wo wir in Versuchung geraten würden, die Grundlagen des Parlamentarismus und die Seriosität unserer Arbeit den zeitgeistgemäßen Erwartungen nach permanentem Entertainment zu opfern. Politik in der parlamentarischen Demokratie beruht auf der ständigen geistigen Auseinandersetzung. Diese

Über Parteigrenzen hinweg die Dinge vom Kopf auf die Füße stellen

Auseinandersetzung und die auf dieser Grundlage getroffenen Entscheidungen sind die Vorgaben für exekutives Handeln und nicht umgekehrt. Es wird höchste Zeit, daß wir über Parteigrenzen hinweg gemeinsam wieder einmal die Dinge vom Kopf auf die Füße stellen. Zu dieser geistigen Auseinandersetzung hat auch die Akademie für Politische Bildung in vier Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag geleistet. Dafür möchte ich namens meiner Fraktion und auch ganz persönlich sehr herzlich danken und diesen Dank mit allen guten Wünschen für die weitere Arbeit verbinden. ■



Zeichnung: Mester

„Ich wehre mich leidenschaftlich gegen eine schleichende Umkehrung der Gewaltenteilung, bei der den Volksvertretungen das Etikett von folgenlos debattierenden Schwatzbuden aufgepappt wird, an deren Sitzungen auch nur teilzunehmen vergeudete Zeit ist. Ich will nicht verschweigen, daß wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier an der Entstehung dieser Eindrücke nicht unschuldig sind.“

Unter denen, die der Akademie zu ihrem 40. Geburtstag gratulieren, darf das Kuratorium - und auch der Beirat - nicht fehlen. Haben doch beide Organe der Akademie wichtige Aufgaben, die schon im Akademiegesetz von 1957 festgelegt sind. Das Kuratorium hat die Interessen der Akademie zu wahren; es wirkt bei der Ernennung des Direktors und der hauptamtlichen Dozenten mit, es billigt die Richtlinien für die Arbeit und genehmigt den Haushaltsvoranschlag und den Jahresabschluß. Der Beirat stellt die Verbindung zwischen der Akademie und der Öffentlichkeit her und berät den Direktor bei seiner Arbeit. Doch das sind trockene Fakten. Viel interessanter ist es, ein wenig in der Personalgeschichte von Kuratorium und Beirat zu blättern. Da stellt sich heraus, daß viele klangvolle Namen der bayerischen Politik, Wirtschaft und Kultur in diesen Gremien auftauchen - es fehlen eigentlich nur wenige. Und das ist kein Wunder. Denn der Gesetzgeber wollte ja nicht eine Akademie neben vielen anderen schaffen, sondern ein zentrales, vom Willen aller demokratischen Kräfte getragenes Organ der politischen Bildung in Bayern. Nicht nur die Regierungsparteien sollten im Kuratorium vertreten sein, sondern auch die Opposition - und im übrigen sollten hier mit gewichtigen zwei Dritteln „das sonstige öffentliche Leben, die Wissenschaften und das Bildungswesen des Landes“ repräsentiert sein. „Die Mitglieder des Kuratoriums sind in dieser Eigenschaft nicht Vertreter einer Partei, einer Konfession, eines Verbands oder einer Einrichtung“, so heißt es im Akademiegesetz mit einem gewissen Nachdruck. „Sie sind an Aufträge nicht gebunden.“ Die parlamentarischen Schöpfer der Akademie schufen mit dem Kuratorium ein Gremium sui generis mit bedeutenden Entscheidungsbefugnissen - nahe genug an der realen Politik und mit ihr personell verklammert, aber zugleich auch mit der nötigen Distanz zu den Tagesgeschäften. Das prägte Form und Stil der Arbeit.

Wer sonst eine Partei, einen Verband,

eine Gewerkschaft, eine Universität, eine Bildungseinrichtung vertrat und kampflustig ihre Interessen wahrnahm, der fand sich in diesem Gremium plötzlich in der Rolle des Moderators wieder - er wuchs in gemeinsame Verantwortlichkeiten hinein, die er mit Konkurrenten und Kontrahenten teilte. Wie oft habe ich in meiner langen Zugehörigkeit zum Kuratorium solche Verwandlungen erlebt: Gewerkschafter, Arbeitgeber, oft in heftigem Clinch bei Tarifverhandlungen, Verbands-

backener Doktor in Freiburg und Mitarbeiter des Kurators Arnold Bergstraesser. Felix Messerschmid war vorgeschlagen worden, übrigens von Romano Guardini - aber es erhob sich Einspruch; die CSU, eben noch in der Opposition, nun in der Regierung - Ministerpräsident war Hanns Seidel - wollte Näheres über ihn wissen. Man war mißtrauisch. Gewiß, der Vorschlag stammte von Guardini - aber war nicht auch Walter Dirks, der Linkskatholik und Christliche Sozialist, ein Guardini-

Schüler? Plötzlich verbreitete sich das Gerücht, Messerschmid sei ein fester Mitarbeiter der Frankfurter Hefte; Bergstraesser hatte es bei einer Sitzung in München nicht sofort entkräften können. Nun beauf-

tragte er mich damit, die Sache zu klären - und nach Durchsicht sämtlicher Jahrgänge der Zeitschrift konnte ich Entwarnung blasen - ein Autor mit Namen Felix Messerschmid hatte dort nie geschrieben (Guardini dagegen wohl!). Sollte mein bescheidener Beitrag dazu gedient haben, den Start des ersten Akademiedirektors bei der Mehrheitspartei in Bayern zu erleichtern, so würde mich das noch heute freuen. Den Namen des zweiten Direktors Manfred Hättich fanden wir dann Ende der sechziger Jahre in einem Gespräch zwischen Waldemar von Knoeringen, Karl Böck und mir in meiner Münchner Wohnung - und wieder bewährte sich die Lösung über viele Jahre hin. Mehr Aufwand erforderte der Vorschlag für den Nachfolger in den Neunzigerjahren - eine Ausschreibung war nötig, der Richtlinienausschuß mußte tätig werden, die Bewerber wurden ausgiebig angehört - aber am Ende stand mit Heinrich Oberreuter wieder eine kräftige Figur im Ring und ging unangefochten in die Endrunde. So etwas ist natürlich

Politische Bildung mitten im Streit der Geister Zügelung der Macht verdirbt „Lust am Amt“

von Prof. Dr. Hans Maier, Vorsitzender des Kuratoriums

funktionäre mit beachtlichen rhetorisch-demagogischen Talenten, Politiker mit kräftigen Ellenbogen und schier unbegrenzter Durchsetzungskraft, Stars der Wissenschaften, Frauen, denen niemand zu widersprechen wagte - sie alle entfalteten rings um den Runden Tisch der politischen Bildung plötzlich staatsmännische Eigenschaften, nahmen sich zurück, formulierten zustimmungsfähige Sätze, ließen nicht dem Konflikt die Zügel schießen, sondern dem Konsens, der Konkordanz.

Keine fade Überparteilichkeit

Nein, ich meine das nicht ironisch - zumindest nicht nur. Man muß die Weisheit des bayerischen Gesetzgebers bewundern, der das Heil der politischen Bildung nicht in einer faden (und unwirklichen!) Überparteilichkeit sah, sondern sie mitten in den Streit der Geister, in das Ringen der divergenten Kräfte hineinstellte. Recht so, denn da gehört sie hin in einer Demokratie! Und daher hat sie sich auch, so hoffen wir, in Bayern ein Maß an Realismus und Sachnähe bewahrt, das anderswo längst verlorengegangen ist. Dreimal habe ich erlebt, wie das Kuratorium seine wichtigste Aufgabe, den Akademiedirektor vorzuschlagen, wahrgenommen hat. Das erstemal noch ganz aus der Ferne, als eben frischge-

Stabilität und Kontinuität

immer Glücksache. „Aber der Richtige, wenn's einen gibt“, heißt es in „Ara-bella“. Übrigens ist die Akademie für politische Bildung in 40 Jahren mit nur drei Direktoren ausgekommen - und

übrigens auch nur mit drei Kuratoriums-vorsitzenden: Hans Rollwagen, Karl Böck und meiner Wenigkeit. Kritiker mögen darin Phantasiearmut sehen - wir Längergedienten erblicken darin natürlich ein Beispiel aufbauender Kontinuität. Auf jeden Fall hat die Akademie in 4 Jahrzehnten eine Stabilität entwickelt, welche die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages weit in den Schatten stellt. Ich erwähne diesen persönlichen und menschlichen Hintergrund der Akademiearbeit, weil das Menschliche und Persönliche in der Demokratie - und besonders in einem ausgebauten Rechtsstaat wie dem unseren mit vielen Institutionen, Verfahren, Rechtswegen - oft zu kurz kommt. Die Naturantriebe des Politischen, Ehrgeiz, Sich-Auszeichnen-Wollen, Engagement und sogar Ruhmbedürfnis sind ja heute sehr viel schwächer ausgeprägt als früher, oft sind sie kaum mehr vorhanden - oder werden klug verhüllt. Politik und Politiker sind heute umstellt von organisiertem Mißtrauen. So will es der Rechtsstaat, die gewaltenteilende Demokratie. Parlamentarische Kontrolle, so vermerkt der Schweizer Staatsrechtslehrer Kurt Eichenberger, „ist von einer negativ-kritischen Haltung. Sie fragt nicht nach dem, was gut ist - das Zugänglich-Richtige ist selbstverständlich -, sondern nach dem, was nicht 'klappt'. Sie prangert an, und bestenfalls entläßt sie mit dem Befund, es sei zur Zeit (noch) nichts Nachteiliges zu entdecken. Ihr Ziel ist die Ermittlung dessen, was nicht 'in Ordnung' ist, und daran mag sich die kühle Reinigung des Unreinen anschließen.“ Ich kritisiere das

Das Politische generell unter Verdacht

nicht, es ist die Konsequenz einer Zügelung der Macht, wie sie der westliche Verfassungsstaat seit mehr als 200 Jahren erfolgreich in die Wege geleitet hat. Aber die Konsequenzen, die Nebenfolgen dieser an sich begrüßenswerten Entwicklung müssen doch gesehen werden. Wird das Politische generell unter Verdacht gestellt, wird der Politiker in einer ständigen „Purgierungsaskese“ (Eichenberger) gehalten, so muß man sich nicht wundern, daß kräftige Naturen ihre Selbstentfaltung lieber in den Sphären Sport und Unterhaltung, vielleicht auch Wirt-

schaft, Technik, Wissenschaft suchen - aber nicht mehr in der Politik. Es ist daher kein Wunder, daß die antike Stimmung der „Lust am Amt“ in der modernen Welt nicht mehr aufkommen will - sie würde Verdacht erregen, ja als Zynismus empfunden werden. Man mag einwenden, die vielen Skandale in der Politik zeigten doch die Notwendigkeit publizistischer und richterlicher Kontrollen überdeutlich. Ich fürchte, daß man hier einem Sehfehler unterliegt: Der politische Bereich ist, im Unterschied

Politik im Flutlicht der öffentlichen Meinung

zu - ich wage zu sagen - allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, heute so gut erschlossen und durchsichtig gemacht, er liegt so sehr im Flutlicht der öffentlichen Meinung, daß Fouls und Verstöße gar keine Chance haben, übersehen zu werden. Längst haben sich viele Politiker dem angepaßt. Sie spielen nicht mehr ihr Ich aus, sondern reißen sich am dünnen Riemen der Pflicht. Ob das für Krisenzeiten wirklich ausreicht?



Im Kuratorium nicht dem Konflikt die Zügel schießen lassen, sondern dem Konsens: Prof. Dr. Hans Maier

Foto: Poss

Ich meine, der heutige Tag läßt auch dazu ein, ein wenig über die Rolle der Person, des Einzelnen in der Politik nachzudenken. Politik ist kein abstraktes Geschehen. Sie wird von Menschen gemacht - von leidenschaftlichen, fehlbaren, von Stimmungen bewegten Menschen. Diese Menschen werden oft hingerissen von der Dynamik ihres Handelns - und ihre Qualität

entscheidet sich nicht zuletzt daran, ob sie fähig sind, dem Menschlich-Allzumenschlichen in sich ein Stück Rationalität abzurufen - ein Stück Ordnung, das für alle gilt. Die besten von ihnen haben es immer wieder vermocht. In der Person unseres Festredners haben wir ein großes Beispiel unter uns. Und so darf ich mit Worten von Wladyslaw Bartoszewski schließen, die dem nicht Lehr- und Lernbaren, nämlich dem Menschlichen in Politik und Geschichte gelten: „Außer der großen politischen Geschichte existiert so etwas wie eine kleine Geschichte, die Geschichte des Alltags, die nationale und übernationale Gemeinsamkeit der Erlebnisse und das Bewußtsein der Bedrohungen, die Gemeinsamkeit der Vorstellungen über die Zukunft, das unmittelbare Verhältnis zur Geschichte. Was soll das bedeuten? Das unmittelbare Verhältnis zur Geschichte läßt sich einfacher übersetzen durch das Wort Liebe. Liebe zur Welt, zum Leben, zu seinen Mitmenschen, Liebe zur Heimat. Die Liebe läßt sich aber ebensowenig lernen wie lehren. Ebensowenig ist es möglich, Heimatliebe, Nächstenliebe oder Europaliebe zu lernen oder zu lehren.“

Die Liebe existiert trotzdem und wird immer existieren. Und sie ist stärker als die Kraft des Bösen...“ (Wladyslaw Bartoszewski, *Aus der Geschichte lernen?*, München 1986, S. 349).

Der Akademie für politische Bildung entbiete ich die herzlichen Grüße und Glückwünsche ihres Kuratoriums und ihres Beirats. Möge sie gelassen und erfolgreich in ihr fünftes Lebensjahrzehnt gehen! ■

Zivilcourage als Bürgertugend

Bewußter Patriotismus: Selbstverpflichtung für demokratisches Engagement

Festvortrag von Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski

Das Wesen der Demokratie besteht, zumindest im allgemeinen gegenwärtigen europäischen und euro-amerikanischen Verständnis, in der von gewählten Vertretern der Gesellschaft gebildeten Mehrheitsregierungen. Die Aufstellung zur Wahl wird in der Regel von Parteien vorgenommen. Immer häufiger werden die Wahlkandidaten aber auch von regionalen oder beruflichen Interessensverbänden aufgestellt. Durch die Bildung regionaler Selbstverwaltungsorgane ist dem einzelnen Bürger die Möglichkeit gegeben, stärker Einfluß auf Entscheidungsabläufe zu nehmen und die Ergebnisse mitzugestalten, als dies auf der gesamtstaatlichen Ebene gewöhnlich der Fall ist. Auf jeden Fall erlaubt dies in konkreten personellen Entscheidungen die Möglichkeit zu mehr Einflußnahme. Zu den Elementen, die die Manifestierung und Durchsetzung des Mehrheitswillens in den einzelnen Ländern beschränken, gehören immer die gültigen und verpflichtenden Rechtsnormen, und zwar nicht nur das Straf- und Zivilrecht, sondern auch das internationale Recht.

Prüfstein und Richtschnur des Handelns ist und muß in jedem Falle die verpflichtende Verfassung sein. Sie, die Verfassung bzw. das Grundgesetz garantiert in der Regel gleichsam die Grund-, Menschen- und Bürgerrechte in weltanschaulicher, religiöser, politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Hinsicht. Jedoch selbst das perfekte Grundgesetz und präzise formulierte Rechtsnormen sind alleine keine Garantie für das Funktionieren einer Demokratie. Es bedarf hierfür weiterer, wichtiger Bedingungen.

Eric Voegelin hat das Problem in seiner

Demokratie kein Schlaraffenland

Festrede zur Eröffnung dieser Akademie so kommentiert: „Eine Demokratie ist kein Schlaraffenland, in dem der friedliche Bürger seinen Geschäften nachgehen und sich des Wirtschaftswunders erfreuen kann, sondern ein Zustand der täglichen, wohlgeübten und zur Gewohnheit gewordenen Wachsamkeit und Disziplin in den Grundfragen des politischen Lebens. Demokratie ist nur möglich, wo es Bürgertugend gibt. Und die erste der Tugenden, ohne die allen anderen die Ordnung des Handelns fehlt, ist das sichere Wissen um die Grundsätze des Zusammenlebens freier Menschen in einer freien Gesellschaft.“

Die momentane Entwicklung in die nahe Zukunft des 21. Jahrhunderts weist darauf hin, daß der legale und dem verbrieften Recht verpflichtete Mehrheitswille mehr und mehr unter den Einfluß verschiedener Interessensgruppen aus Wirtschaft und Politik gerät und somit zur Manipulermasse wird. Diese Erfahrung läßt den Rückschluß zu, daß der Erfolg einer Demokratie in überwiegenderem Maße von den Menschen, den Bürgern bzw. von jedem einzelnen, sich als Staatsbürger begreifenden Individuum, abhängig ist. Es geht dabei nicht hauptsächlich um das bloße Fachwissen im Bereich der Politikgeschichte oder der Wissenschaft der politischen Ideengeschichte, sondern um die Geisteshaltungen, die Einsatzbereitschaft und Zusammenarbeit zur Realisierung wichtiger Zielsetzungen, die der Allgemeinheit der Bürger und somit dem Staate

dienen. Zu den wesentlichen Elementen der politischen Kultur einzelner Bürger oder auch der in der Öffentlichkeit aktiven Bürgerinitiativen gehört einerseits der Wille zur Verständigung, die Akzeptanz Andersdenkender durch das Bemühen um besseres Verständnis ihrer Handlungsmotive und Denkweisen sowie die Bereitschaft zur Kompromißfindung. Dennoch ist es andererseits wichtig, entschieden und mit Mut zu seinen eigenen Bekenntnissen und Postulaten zu stehen und manchmal auch weniger populäre Meinungen zu vertreten. Will heißen nonkonformes Verhalten, als ein angesehener und geschätzter Ausdruck von Zivilcourage. Es ist nichts Neues, bleibt aber immer aktuell. Mehr noch: Es ist eine Herausforderung für das kommende Jahrhundert, um Hans Maier (bei der Hauptkundgebung des 85. Deutschen Katholikentages) zu zitieren: „Wir müssen den Zorn wieder lernen gegen diese Dinge, die Empörung gegen Ungerechtigkeit, Bequemlichkeit und Selbstsucht. Ein Volk, das sich nicht mehr empören kann, ist verloren! Wir müssen unseren Willen, unsere Kräfte mo-

obilisieren, damit von diesem Katholikentag eine Bewegung zum Besseren ausgeht - unübersehbar für die Mächtigen in unserer Gesellschaft, für die Massenmedien, die Regierung, die Parteien, die Gewerkschaften, die Verbände. Wir fordern die Massenmedien auf, über diese, unsere wirklichen Nöte zu berichten und nicht Scheinprobleme hochzuspielen oder zum Abbau von Werten beizutragen. Wir verlangen von Regierungen und Parteien, daß sie uns nicht

mit kleiner Reformkost hastig über eine Legislaturperiode hinwegflütern, sondern daß sie die Zukunft im Auge behalten, auch wenn dies Verzicht in der Gegenwart bedeutet. Und Gewerk-



Das perfekte Grundgesetz ist alleine keine Garantie für das Funktionieren einer Demokratie: Prof. Wladyslaw Bartoszewski bei seinem Festvortrag.

Foto: Kaaserer

schaften und Verbände sollten aufrichtiger unterscheiden zwischen dem, was allgemeines Interesse und dem, was ihr Interesse ist.

Die Sorge für Familie, Jugend, Erziehung muß wieder zum Mittelpunkt unserer inneren Politik werden. Die Grundfragen unserer Zukunft, unseres Lebens und Weiterlebens als Nation müssen bei uns wieder den öffentlichen

Bereitschaft zum Kompromiß

Rang gewinnen, den sie seit vielen Jahren verloren haben. Dafür kann man sich eine Menge von Schaulstellungen und Schaukämpfen ersparen, die nur der politischen Profilierung dienen. Übrigens: wer ein Gesicht hat, braucht kein Profil.“

Ein universal gültiger Kanon politischer Kultur scheint nicht zu existieren. Aber zumindest kann man von Minimalpostulaten in diesem Bereich ausgehen, wobei das Dilemma der Politiker darin besteht, zwischen dem edlen Willen zur Weltverbesserung und der pragmatischen Sicht der Dinge in ihrem realistischen, räumlich und historisch festgelegten Rahmen wählen zu müssen. Ein weiteres, anderes Dilemma ist das Reagieren auf die unterschiedlichen Haltungen innerhalb der öffentlichen Meinung sowie deren Erfassung und Umsetzung in die politische Praxis. Die goldene Mitte zu finden zwischen der Achtung anderer und ihrer abweichenden Ansichten und dem Bemühen um höchstmögliche Ef

Problematik der Streitkultur

ektivität und Durchsetzung der eigenen Ziele, ist ein weiteres Dilemma im Bereich der Politik. Dies verweist uns auf die Problematik der Streitkultur. Das Verteidigen und Vertreten eigener Standpunkte gegen andere Meinungen bei notwendigem gleichzeitigem Respekt vor dem Gegenüber erweist sich in der Praxis immer wieder als schwer umsetzbar. Diese hohe Anforderung an sich selbst und an den Streitpartner bedeutet in der Konsequenz eine uneingeschränkte moralische Integrität der im Mittelpunkt der Öffentlichkeit stehenden Handelnden. Die Erfüllung dieses Anspruches würde jedoch be-

wirken, daß man diesen Personen in jeder Situation Vertrauen und Respekt zollen und sie als anständige Menschen betrachten könnte.

Die Bedingung zur Vertiefung der politischen Kultur innerhalb Gesellschaften ist die immerwährende, unermüdliche Erziehungs- und Bildungsarbeit im

Einklang mit den Traditionen zu lösen wird so geschult und verbessert. Wenn sich die Aufgabe der Bürger auf die Abgabe ihrer Stimme bei allgemeinen Wahlen alle paar Jahre beschränkt, so ist jede Demokratie vom Niedergang bedroht. Gute Bürger - Patrioten ihres Landes - interessieren sich für

„Wer ein Gesicht hat, braucht kein Profil“

(Prof. Dr. Hans Maier)

Bereich der Schulen, Kirchen, Familien, Verbände und der politischen Parteien mit dem Ziel der Förderung und Verankerung von Bürgertugenden. Einige Punkte dieses unverbrieften Tugendkataloges sind von prinzipieller Bedeutung für eine intakte, gut funktionierende Demokratie. Als eine der

Liebe zur Heimat

wichtigsten unter ihnen erachte ich die tiefe Verbundenheit mit der Heimat, dem eigenen Land und dem eigenen Staat. Ich zögere nicht, diese Bande der Liebe zur Heimat zu bezeichnen. Diese Liebe zur Heimat, die ich Patriotismus nennen will, erachte ich als wesentliches Element der menschlichen Identität, als deren Wurzeln und Garant für Stabilität. Sie ist Quell für die Bereitschaft, Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft zu übernehmen. Patriotismus bedeutet gleichsam Sorge um das Wohl des Landes und Staates, wie auch aktive Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen Fragen. Dies findet z.B. Ausdruck in der Beteiligung an Wahlen zur Selbstverwaltung oder Regierungsbildung, aber auch in der gesellschaftlichen Kontrolle der aus Wahlen hervorgegangenen Regierungen. Bewußter Patriotismus schließt Passivität aus, denn er ist kein Lippenbekenntnis, sondern die Selbstverpflichtung zur Bereitschaft, sich genauso um die gesellschaftlichen, wie auch um die unmittelbar in der eigenen Umgebung bestehenden Probleme zu kümmern. Die Fähigkeit, sich zu organisieren und bestehende Probleme im Rahmen des geltenden und verbindlichen Rechts im

ihr Umfeld, besitzen die Fähigkeit mit ihren Nachbarn und Menschen ähnlicher Interessen zusammenzuarbeiten, ohne daß dafür Direktiven von irgendwelchen oberen Stellen notwendig wären. Zu den grundlegenden Bürgertugenden gehört auch die Ehrlichkeit bzw. Aufrichtigkeit. Ohne Ehrlichkeit und einem Minimum an gegenseitigem Vertrauen ist die Funktionsfähigkeit eines demokratischen Systems gestört. Es ist bereits eine Binsenwahrheit, daß man Bürgerrechte, z.B. durch Wahlfälschungen, nicht einschränken



Zeichnung: Stauber

kann. Die strengen Verfahren in Steuerfragen oder der Ökonomie im Bereich der Konkurrenzwirtschaft scheint dagegen einer nicht unbedeutenden Gruppe von Bürgern schon weniger verständlich. Die Achtung des Gemeinwohls auf gesellschaftlicher,

kommunaler und staatlicher Ebene und das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung gegenüber diesem Gut ist eng mit der Bürgertugend Ehrlichkeit verbunden. Die Erfahrungen der Menschen in den Ländern Europas, die zu einem Leben im kommunistischen System verurteilt waren, lehren uns heute, daß die

Wahrheitsliebe und Zivilcourage

Herausbildung eines adäquaten Verhältnisses zu Gemeingütern, und zwar ohne Zuhilfenahme unmißverständlicher Direktiven und strengen Kontrollen, bei der Gesundung vormals krankhafter Beziehung von äußerster Priorität ist. Wahrheitsliebe und Zivilcourage im öffentlichen Leben sind Bürgertugenden, die für eine reife Demokratie charakteristisch sind. Diese Tugenden sind nicht immer einfach zu praktizieren. Ihre Grundlage ist der Glaube an die Existenz einer Hierarchie moralischer Werte und der Wille zur Unterscheidung zwischen Gut und Böse im öffentlichen Leben, kurz, der Glaube an objektive, bestimmbare Werte. Zivilcourage zu zeigen, ist oftmals mit Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten verbunden. Die Bereitschaft, aus eigener Überzeugung heraus „Ja“ zu

Kampf gegen Haß und Intoleranz

sagen, wenn andere „Nein“ sagen - oder umgekehrt, „Nein“ zu sagen, derweil andere „Ja“ sagen, war und ist in jedem Land eher eine Seltenheit. Zivilcourage ist oft verbunden mit Verzicht und Opferbereitschaft. Die entsprechenden Beispiele hierzu in der jüngsten Geschichte Europas kennen wir alle. Also: Ein vorbildlicher guter Bürger drückt sich nicht vor der Verteidigung der Demokratie und stellt sich dem Versuch anderer, die Menschen- und Bürgerrechte zu verletzen entgegen, auch wenn es ihn nicht unmittelbar betrifft. Er ist bereit, gegen Haß und Intoleranz im öffentlichen Leben anzukämpfen, nutzt und verteidigt die Rede- und Gedankenfreiheit und akzeptiert frei und legal durchgeführte Mehrheitsentscheidungen auch dann, wenn sie scheinbar gegen seine privaten Interessen stehen. ■

*Bei der Beratung des
Akademiegesetzes
1957 als
Landtagsabgeordnete
dabei: Dr. Hildegard
Hamm-Brücher, hier
im Gespräch mit
Akademiedirektor
Oberreuter.*

Foto: Poss



*Viele Jahre erfolgreich an
der Spitze des Kuratoriums:
Dr. Karl Böck beim Empfang
des Landtagspräsidenten.*

*Mit Rat jahrelang der
Akademie zur Seite
gestanden:
Beiratsvorsitzender
Hermann Kumpfmüller
(links) beim
Erfahrungsaustausch mit
Akademiedozent Klaus
Grosch.*



*Von allen Seiten
Dank und Aner-
kennung für jahr-
zehntelange,
erfolgreiche
Arbeit als
Akademiedirektor
und für vielfältige
Verdienste in der
politischen
Bildung: Prof. Dr.
Manfred Hättich
und seine Frau
Rita bei der
Feierstunde im
Plenarsaal des
Bayerischen
Landtags.*

Fotos(3):Kaaserer

Konkretisierung eines Leitbilds Nur Umdenken verhindert Horrorszenarien

von Josef Deimer, Oberbürgermeister von Landshut

Für die zukünftige Entwicklung unserer Städte sind unterschiedliche Stimmungen und Geisteshaltungen auszumachen, die in Leitbildern wie „nachhaltige Entwicklung“, „Mischnutzung - Stadt der kurzen Wege“, „die historische Stadt als Lebensraum“, „Stadt im Gleichgewicht“ ihren Ausdruck finden. Im Prinzip geht es wohl darum, daß wir in Europa einen Blick auf die Stadtgesellschaft und ihre Entwicklung werfen müssen. Der politische Humanist und Theologe Romano Guardini hat bereits in den 20er-Jahren von den Grenzen des Wachstums gesprochen und gemeint, daß das kommende Jahrhundert die Grenzen durch den Willen ersetzen muß, sich miteinander einzurichten. Das ist heute, so meine ich, das Gebot der Stunde.

Auf dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro hat sich die internationale Staatengemeinschaft 1992 auf das Leitbild einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung verständigt. Zukünftig wollen die Gesellschaften nicht mehr vom Naturkapital selbst, sondern nur noch von dessen Zinsen leben. Das wäre eine Revolution im Umgang mit der Natur. Sie hätte weitreichende Konsequenzen für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben überall auf der Welt. Betroffen sind nicht nur die industrialisierten Staaten mit ihrem hohen Energie- und Materialverbrauch und ihren beträchtlichen Emissionen; sie sind aber in besonderem Maße angesprochen.

Horrorszenario Stadtlandschaft

Nach Rio hat die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 12. Bundestages für den Umgang mit der Natur vier grundlegende Regeln entwickelt:

- 1) Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsrate nicht überschreiten.
- 2) Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein physisch oder funktionell gleichwertiger Ersatz geschaffen wird.
- 3) Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umwelt-

medien orientieren, wobei alle Funktionen von Natur und Umwelt zu berücksichtigen sind.

- 4) Das Zeitmaß der von Menschen verursachten Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muß in einem ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß für das Reaktionsvermögen der Umwelt stehen.



hen. Diese vier Grundregeln bilden die erste Stufe der Konkretisierung des Leitbilds der nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung. Schon hier können die Fachleute munter streiten. Aus der Fülle der Fragen, die man mit guten Gründen unterschiedlich beant-

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ unter Vorsitz von Marion Caspers-Merk (SPD) legte im April ihren Zwischenbericht vor. Bereits wenige Wochen später konnten die Ergebnisse in Tutzing vom 17. - 18. Juni auf den Prüfstand einer Expertentagung gestellt werden.

Josef Deimer, Oberbürgermeister von Landshut und Präsident des Bayerischen Städte-tags, sowie die Münchner Stadtbaurätin, Christiane Thalgot, erläuterten den Kommissionsmitgliedern des „Konzept Nachhaltigkeit“ aus der Sicht betroffener Kommunalpolitiker. Praktische Probleme und die Notwendigkeit zukünftiger, nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik standen im Vordergrund der beiden Referate, die wir dokumentieren.

worten kann, möchte ich nur zwei herausgreifen:

- 1) Wie hoch ist die Regenerationsrate bei erneuerbaren Ressourcen?
- 2) Wann liegt ein gleichwertiger Ersatz beim Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen vor?

**„Diese unselige Zersiedelung,
die wir beobachten,
müßte also gar nicht sein,
wenn man endlich von der
Gefälligkeitspolitik ablassen würde.“**

Gegenstand der heutigen Veranstaltung ist der Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Bundestages vom April dieses Jahres. Darin stellt die Kommission fest, daß in den alten Bundesländern der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche von 7,1 Prozent im Jahre 1950 auf 12,7 Prozent Ende 1992 angestiegen ist. Dabei stehen die Verkehrsflächen mit 4,6 Prozent der Gesamtfläche den Gebäude und Freiflächen mit 5,8 Prozent der Gesamtfläche nicht mehr wesentlich nach. In nur vier Jahrzehnten hat die Flächeninanspruchnahme um 80 Prozent zugenommen.

Im vierten Kapitel ihres Zwischenberichts beschreibt die Kommission sehr detailliert und zutreffend, daß ohne grundlegend neue Verhaltensweisen das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsflächen weitgehend ungebremst weitergehen wird.

Zusätzliche Wohnungen werden benötigt. Die Bevölkerung wird von jetzt 81 Mio. auf 84 bis 85 Mio. im Jahr 2010 steigen. Bis dahin dürfte die Zahl der

Flächenbedarf steigt

Haushalte von 35 Mio. auf 39 Mio. zunehmen. Bis zum Jahr 2015 werden die Einpersonen-Haushalte um über 10 Prozent auf 14 Mio. anwachsen.

Die Wohnfläche je Einwohner steigt. Zum Wohnflächenkonsum trägt auch die Alterung der Gesellschaft bei, da nicht der aktuelle, sondern der frühere Familienstand, als die Kinder noch im Haushalt lebten, die jeweilige Wohnraumsituation widerspiegelt. Der Anstieg der Eigentumsquote führt zu mehr Wohnfläche, da Eigentümer in größeren Wohnungen leben als Mieter. Noch immer steigt der Flächenbedarf der Arbeitsplätze.

Der zunehmende Straßenverkehr erfordert weitere Verkehrsflächen.

Gleichzeitig fordert die Kommission die Entkoppelung des Flächenverbrauchs

vom Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum: Zunächst eine deutliche Verlangsamung der Umwandlung von unbebauten Flächen in Siedlungs- und

Energieverbrauch senken

Verkehrsflächen; langfristig soll die Umwandlung von unbebauten Flächen in bebaute durch gleichzeitige Erneuerung (Entsiegelung u.a.) vollständig kompensiert werden. Der Weg dahin wird lang und dornenreich sein, fürchte ich.

Die Kommission rechnet uns vor, daß die Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland in 81 Jahren komplett zugebaut ist, wenn man - erstens - ein Wirtschaftswachstum wie in den vergangenen 30 Jahren unterstellt und wenn es - zweitens - nicht gelingt, die Flächeninanspruchnahme vom Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum abzukoppeln. Deutschland - eine einzige Stadtlandschaft: Das ist ein Horror-Szenario! Kann man aber mit solchen Bildern bei den Menschen jetzt die Bereitschaft zu grundlegenden Verhaltensänderungen wecken, wo noch 55 Prozent der Landesfläche landwirtschaftlich genutzt werden und knapp 30 Prozent von Wald bedeckt sind?

Gegen die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme wird der Häuslebauer, der daran geht, seinen Lebensraum zu verwirklichen, einwenden, daß er sein Grundstück nur mäßig überbaut. Wenn er für ökologische Fragen aufgeschlossen ist, wird er darauf hinweisen, daß er das Oberflächenwasser nicht in den Kanal einleitet, daß er zur Senkung des Energieverbrauchs den bestmöglichen Wärmeschutz gewählt und Sonnenkollektoren und eine Photovoltaik-Anlage vorgesehen hat. Überzeugt ist er auch davon, daß er mit einer artenreichen Bepflanzung seines Grundstücks mit heimischen Gehölzen zur Erhaltung der natürlichen Vielfalt mehr beiträgt als der Landwirt vorher,

der unter hohem chemischen Einsatz Mais anbaute.

Der Unternehmer, den ich als Oberbürgermeister überreden möchte, seine Produkte in einem mehrgeschossigen Gebäude herzustellen, wird zunächst darauf verweisen, daß er soviel Kapital nicht binden kann. Dann könnte er geltend machen, daß er für eine Leichtbauhalle weniger Baustoffe braucht, als wenn er in einem soliden, mehrgeschossigen Hause produzieren würde. Darauf angesprochen, daß der Materialzulauf und die Auslieferung seiner Produkte ausschließlich über die Straße erfolgen, wird er auf die geringeren Kosten und die hohe Flexibilität des Lkw's hinweisen.

Solche fiktiven Gespräche ließen sich beliebig vermehren. Deutlich machen wollte ich damit, daß der Appell an die Vernunft, das Naturkapital den Kindern

Nachhaltigkeit beginnt im Kopf

und Kindeskindern ungeschmälert weiterzugeben, wenig ausrichtet, wenn es um Lebensträume, tief verwurzelte Handlungs- und Verhaltensmuster und um wirtschaftliche Zwänge geht. Frau Caspers-Merk, die Vorsitzende der Enquete-Kommission, hat daraus den Schluß gezogen: „Nachhaltigkeit beginnt im Kopf und verlangt die Verwirklichung politischer und gesellschaftlicher Vorstellungen in neuen Partnerschaften.“ Ich finde, das ist ganz hervorragend definiert.

Sehen wir uns also nach Partnern für einen nachhaltigen Umweltschutz um. Mir drängen sich da die Stadtplaner auf, die 1993 mit der Bezeichnung „Zukunft Stadt 2000“ die kompakte Stadt, die Stadt der kurzen Wege gefordert haben. Ihr Schlüsselbegriff heißt „verkehrsvermindernde Siedlungsgestaltung“. Im Text heißt es dazu:

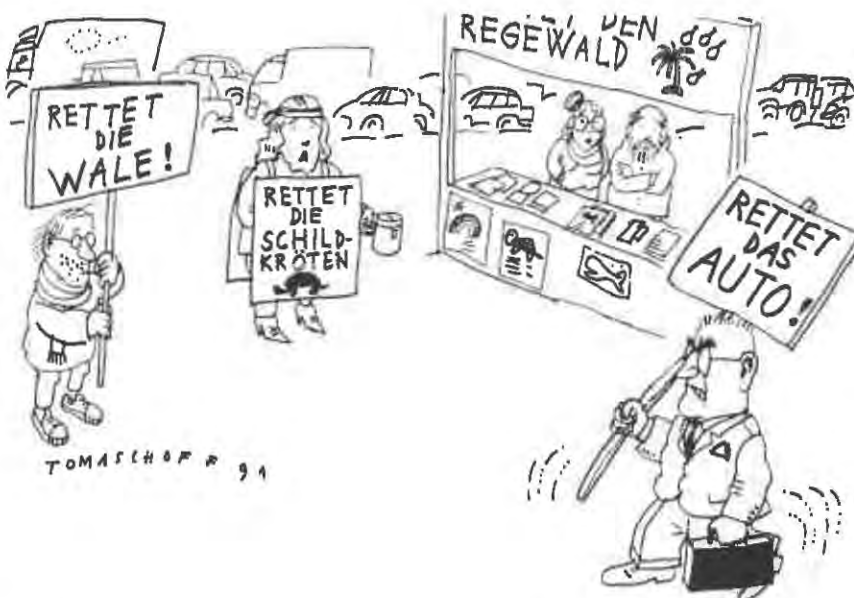
„Dieses Ziel erfordert eine Stärkung hochverdichteter, durchmischter Stadtbereiche, insbesondere in den Kernen von Städten und Stadtteilen. Es erfordert u.a. eine Stärkung der Zentren in den Umlandgemeinden. Größere Wohngebiete sollten gleichzeitig in das öffentliche Personennahverkehrssystem eingebunden werden. Die Erweiterung von Stadtregionen muß Hand in Hand mit dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ge-

hen, damit die einzelnen Siedlungsschwerpunkte nicht nur durch leistungsfähige Straßen, sondern auch durch schienengebundene Verkehrsmittel verknüpft sind. Es muß ein polyzentrisches System mit jeweils verdichteten, durchmischten Siedlungskernen entstehen, bei dem natürlich die historischen Siedlungskerne ein deutliches Übergewicht behalten. Eine hohe Mischung kann das Verkehrssystem entlasten.“

Das Leitbild der kompakten Stadt mit kurzen Wegen ist die planerische Antwort auf den Prozeß der Suburbanisierung, der ungehemmten Inanspruchnahme von Grund und Boden für Siedlungs- und Verkehrsflächen. Dennoch bezweifelt manch einer, daß dieses Leitbild der Realität standhält. Eingewandt wird vor allem, daß bei den heutigen Transportmöglichkeiten die Nähe zum Arbeitsplatz keine Priorität bei der Wohnplatzsuche habe. Deshalb werde es kaum gelingen, daß für

die Fahrtwege zum Arbeitsplatz in den letzten 30 Jahren ständig zugenommen haben. Richtig ist auch, daß selbst in den Verdichtungsräumen die kleinteilige Bebauung an verkehrlich desintegrierten Standorten zu häufig war. Es gibt aber auch ermutigende Beispiele. Die in den 60er Jahren drohende Ver-

wäre der Schlachthof, der ebenfalls ausgelagert wurde. Dieses Gelände soll jetzt für eine verdichtete Wohnbebauung herangezogen werden. Von den Flächen im Außenbereich werden von 270 Hektar nur zwanzig für die Stadterweiterung herangezogen, die anderen 250 Hektar werden Naturschutz-



Zeichnung: Tomaschoff

Feigheit der Politik

den Einzelnen Wohnung und Arbeitsplatz nahe beieinander liegen. Im übrigen sei es ja gerade die wirtschaftliche Stärke der Stadt und ihrer Region, daß sie insgesamt einen großen, einheitlichen und dynamischen Arbeitsmarkt bilden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die Feigheit der Politik ansprechen, denn es gibt Landesentwicklungs- und Raumordnungspläne. Diese unselige Zersiedelung, die wir beobachten, mußte also gar nicht sein, wenn man endlich von der Gefälligkeitspolitik ablassen würde. Wenn man heute von Landshut nach München fährt, sieht man in nichtzentralen Orten mitten auf der grünen Wiese riesige Gewerbeflächen entstehen. In harten Diskussionen mit dem zuständigen Minister habe ich verhindern können, daß wir in unmittelbarer Nähe von Landshut in einer anderen Gemeinde, die keine zentralörtliche Bedeutung hat, noch ein solches Gebiet bekamen. Übrigens ist der Vorsitzende der Verwertungsgesellschaft für die Grundstücke zugleich der Bürgermeister dieser Gemeinde - rationellerweise, muß man wohl sagen. Man kann das alles kaum noch glauben.

Sicher ist die Beobachtung richtig, daß

ödung der Innenstädte ist nicht Wirklichkeit geworden, im Gegenteil. Ich erinnere an den Appell der deutschen Städte von 1970: „Rettet unsere Städte jetzt!“. Wir können sagen, daß das Städtebauförderungsgesetz - es hat bekanntlich vor Kurzem sein 25-jähriges Jubiläum gefeiert - wirklich ein Glücksfall war und hoffentlich noch län-

Kompakte Stadt steht dem Arbeitsmarkt nicht entgegen

ger bleiben wird. Zahlreiche Konversionsflächen mit einstmalig geringer Nutzung konnten für eine städtebauliche Nutzung mit hoher Dichte und Nutzungsmischung zurückgewonnen werden. Gleiches geschieht in vielen Städten mit ehemals gewerblich/industriell genutzten Flächen, die im Strukturwandel brachgefallen waren.

In meiner Heimatstadt Landshut haben wir - als eines von vielen Beispielen - z.B. die Mühleninsel zwischen den beiden Isarmännen, wo Betriebe ausgelagert wurden, und die jetzt ausschließlich als ökologische Ausgleichsfläche für die Innenstadt dient. Ein weiteres Beispiel

fläche. Da hat man dann schon nicht mehr die große Lust, dem Bund diese Flächen abzukaufen, weil man meint, der könnte das ja auch selber machen.

Entscheidend ist aber, daß die kompakte Stadt mit den Merkmalen hohe Nutzungsdichte, hohe Durchmischung und guter Erschließung durch den öffentlichen Personennahverkehr dem einheitlichen, dynamischen Arbeitsmarkt nicht im Wege steht. In der kompakten Stadt sind nun einmal die Wege zum Arbeitsplatz, zu den Einkaufsstätten, zu den Freizeit- und Vergnügungsstätten und zum die Stadt gliedernden Grünflächennetz kürzer als in einer ausufernden Siedlungslandschaft, die manche als „Siedlungsbrei“ bezeichnen. Durch vermehrte Nutzungsmischung können in jedem Stadtviertel zusätzliche Arbeitsplätze eingerichtet werden. Vor allem kleinere Unternehmen im Dienstleistungsbereich, deren Bedeutung nach allen verfügbaren Prognosen kräftig wachsen wird, werden sich in den Wohnquartieren ansiedeln. Da wird mancher seiner Beschäftigung wieder in fußläufiger Ent-

fernung nachgehen können. Diejenigen aber, die außerhalb ihres Wohnviertels arbeiten - auf überschaubare Zeit bleibt das die Mehrheit - können in der kompakten Stadt den Arbeitsplatz nach kurzer Fahrt mit Bus, Tram, U-Bahn oder S-Bahn erreichen. In einer Stadt hoher Bau- und Nutzungsdichte ist der öffentliche Personennahverkehr attraktiv.

Er ist auch wieder im Kommen. In Landshut ist er seit 1990 um über 50 Prozent angewachsen. Seine Umorganisation, weg vom Zentralismus, hin

Einsparpotentiale

zu mehr regionaler Verantwortung, hat durchaus Früchte getragen. Auch längerfristig hat er gute Chancen. Unter dem Druck der Globalisierung werden sich in breiten Schichten der Bevölkerung die Einkommensverhältnisse kaum verbessern.

Die kompakte Stadt ist auch wirtschaftlicher. Stellen Sie sich all die Leitungen vor, die unter der Straßenoberfläche verlegt sind: Die Wasserleitung, der Abwasserkanal, die Energieversorgung mit Strom, Gas und Fernwärme und schließlich die vielen Kabel, die der Übermittlung von Informationen dienen. Für all diese Netze braucht man in der kompakten Stadt weniger laufende Meter je Einwohner oder Arbeitsplatz. Das sind Kostenersparnisse, die in letzter Konsequenz auch der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zugute kommen. Denken Sie weiter an den durchaus bedeutenden innerstädtischen Wirtschaftsverkehr. Kurze Wege eröffnen bedeutende Einsparpotentiale an Zeit und Kosten, unter der Voraussetzung freilich, daß Verkehrsstauungen vermieden werden können. Für den Wirtschaftsverkehr reichen unsere Straßen, wenn im Berufsverkehr noch mehr Menschen Busse und Bahnen wählen und diese Verkehrsmittel auch im noch zunehmenden Freizeitverkehr als attraktive Alternative zum Auto anerkannt werden.

Nur andeuten möchte ich noch, daß gesellschaftliche und demographische Entwicklungen die kompakte Stadt begünstigen. Mit dem Aufbrechen der traditionellen Familie und dem zunehmenden Anteil von Singles verliert das "Häuschen im Grünen" an Bedeutung.

Die alten Menschen nach der Jahrtausendwende werden nicht nur zahlreicher, sondern im Durchschnitt gebildeter, wohlhabender und vermutlich auch aktiver sein als die heutigen Senioren. "Städtischere Lebensweisen" sind deshalb wahrscheinlich.

Langfristig hat die kompakte Stadt meiner Meinung nach durchaus Chancen. Allerdings wird es notwendig sein, daß Umwelt- und Kommunalpolitiker gemeinsam alle Akteure der Stadtentwicklung in geduldiger Argumentation davon überzeugen. Es ist eine alte Erkenntnis der Sozial- und Gesellschaftswissenschaft, daß die subjektiven Verhaltensweisen und Wertemuster den realen gesellschaftlichen Bedingungen oft weit hinterher hinken. Es war aber immer schon Aufgabe der Politik, die Gesellschaft auf die Erfordernisse der Zukunft hinzuweisen.

Häme vom Bürger

Im Zusammenhang mit den Thesen der Kommission zum Flächenverbrauch möchte ich etwas wiederholen, was vielleicht inzwischen fast ein alter Ladenhüter ist: Ich habe bereits 1972 in der Stadt - Umland - Kommission vorgeschlagen, die sogenannte Regionalstadt anzustreben, um in der Flächennutzungsplanung zu vernünftigen Resultaten zu gelangen. Die Kommission sagt mit Recht, daß man eine regionale Flächennutzung braucht. In Landshut haben Stadt und Umland seit Anfang der 70er Jahre gemeinsame Flächennutzungspläne. Aber besonders effizient sind sie nicht, weil das Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners vorherrscht. Man will ja dem anderen nicht dauernd an den Karren fahren oder ihm einen Wunsch verwehren, und die kleineren Gemeinden haben immer die Sorge, ins Hintertreffen zu geraten und sind gegenüber der Kernstadt nie besonders rücksichtsvoll. Und so erlebt man es dann, daß die großen Einkaufszentren, die man bewußt mit Blick auf den örtlichen Einzelhandel aus der Stadt fernhält, außerhalb der Kernstadt, aber im unmittelbaren Umfeld, angesiedelt werden. Vom Bürger erntet man dann Häme.

Ich meine, es wäre zu überlegen, ob man nicht eine neue Kategorie von Gemeinden schaffen müßte, die man

stadtangehörige Gemeinde nennen könnte. In einem Landkreis gibt es ja kreisangehörige Städte und Gemeinden. Nach meiner Vorstellung sollte es künftig einerseits Landkreise und kreisangehörige Gemeinden geben, andererseits Regionalstädte mit stadtangehörigen Gemeinden. Die Funktionen der Umlandgemeinden wären die gleichen wie bei kreisangehörigen Gemeinden, und die kreisfreien Städte als Regionalstädte, die ja ohnehin die Funktion des Landkreises haben, hätten dann die Doppelfunktion. Nach der Mühsal der Gemeindegebietsreform und der Landkreisreform von 1972 wird sich die Politik da allerdings nicht heranwagen. Aber unter dem Ziel einer nachhaltigen Politik müssen auch Strukturen, sprich Planungshoheiten verändert werden. Ich meine, daß die kompakte Stadt auch für die Gemeinden im Umfeld der Kernstädte Leitbild werden sollte. Auch dort sind städtische Wohn- und Lebensweisen zu entwickeln. Nachdem sich die Berufsstrukturen stark wandeln, wäre jetzt meines Erachtens der richtige Zeitpunkt, das zu diskutieren.

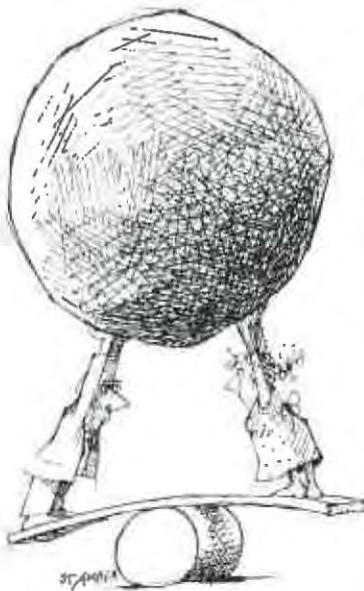
Verfassungswidriges Verhalten

Eine letzte Bemerkung zur Bodenpolitik. Hier wäre ebenfalls eine Reform, fast schon eine Revolution nötig. In der Bayerischen Verfassung steht klipp und klar, daß demjenigen, der zum Wertzuwachs von Grund und Boden nichts beiträgt, dieser Mehrwert auch nicht zusteht. Wir verhalten uns eigentlich verfassungswidrig, wenn ein Einzelner den gesamten Planungswertzuwachs kassieren kann. Hier stimmt die soziale Symmetrie überhaupt nicht mehr. In einer sozialen Marktwirtschaft geht es nicht ohne die Sozialverpflichtung von Grund und Boden. In dieser Wirtschaftsordnung sollen doch die Härten des Marktes durch soziale Maßnahmen ausgeglichen werden. Das wird in der jetzigen Globalisierungsdiskussion immer wieder vergessen. Die Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard, haben ja nicht geschrieben, daß die Wirtschaft lenkt, sondern daß das soziale Interesse bestimmend ist. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Wenn nämlich das soziale Interesse im Vordergrund steht, müßten wir mit Zielen wie dem vernünftigen Zusammenleben, dem Sich-Miteinander-Einrichten in einer kompakten Stadt Erfolg haben.

„Bei der Bodenpolitik wäre eine Reform, fast schon eine Revolution, nötig. In der Bayerischen Verfassung steht klipp und klar, daß demjenigen, der zum Wertzuwachs von Grund und Boden nichts beiträgt, dieser Mehrwert auch nicht zusteht.“

(Josef Deimer)



Zeichnung: Stauber

Stadt der kurzen Wege Wohnungsbau und Verkehr zukunftsgerichtet sichern

von Christiane Thalgot, Stadtbaurätin, München

Wenn man den Wohnungsbau in München und in der Region betrachtet, muß man wissen, daß München wie die Region jeweils etwa 1,3 Millionen Einwohner haben. Die Stadt ist mit 300 Quadratkilometern ziemlich klein, die Region im Vergleich dazu sechs bis sieben mal so groß. Die gesamte Region, Kernstadt und Umland, besteht aus 186 Gemeinden, die alle gemeinsam im regionalen Planungsverband versuchen, ihre Geschicke zu steuern. Die Entwicklung der Wohnungszahlen in Stadt und Umland ist fast identisch; pro Jahr werden etwa 6000 bis 7000 Wohnungen gebaut.

Wenn wir nun das Ziel „Nachhaltige Stadt, Stadt der kurzen Wege“ verfolgen wollen - im Rahmen des Stadtentwicklungsplans „Perspektive München“ haben wir das „Kompakt-urban - grün“ genannt -, dann ist die Frage: Wie fügt sich das in die Region? Bei einem Blick auf die Leerbauflächen sieht man, daß es Gemeinden gibt, die nahezu ihre gesamten Flächen außerhalb des 1000-Meter-Bereichs der S-Bahn haben.

In der Summe aller Gemeinden liegen über 50 Prozent der Leerbauflächen außerhalb dieses Bereichs. Bei den gewerblichen Flächen sind es sogar über 60 Prozent. 1000 Meter ist wahrlich nicht sehr nah, in München gehen wir von 600-Meter-Radien aus.

Was die Neubautätigkeit in der Landeshauptstadt angeht, stellen wir fest, daß die neu ausgewiesene Geschoßfläche in den 80er Jahren stark angestiegen ist, Antwort auf die Überproduktion im Zusammenhang mit der Olympiade 1972 und die Knappheit in den Jahren danach. Interessant ist, daß die neuen Wohnflächen insgesamt sehr viel konstanter steigen als die Geschoßflächen pro Einwohner. Die Geschoßflächen nehmen bei den unteren Einkommensgruppen ab, das ist eine sehr großstadtypische Erscheinung. Aber immerhin rechnen wir heute bei neuen Gebieten mit 50 Prozent der Flächen für Wohnungen, die andere Hälfte ist für Gewerbe.

Es wurde vorhin schon gezeigt, wie wachsender Wohlstand den Flächenverbrauch steigert. Noch viel bemerkenswerter ist vielleicht das Verhältnis von Geburten zu Anmeldungen von Autos. Wir haben in München pro Jahr etwa 12 000 Geburten, aber 120 000 Neuzulassungen. Diese Relation von eins zu zehn finden wir auch in anderen deutschen Städten. Das sagt etwas aus über die Werthaltungen in unserer Gesellschaft,

und das müssen wir bedenken, wenn wir so hehre Ziele wie Minimierung des Flächenverbrauchs verfolgen. Ein Auto braucht mehr Platz als Kinder, zum Abstellen nämlich 25 Quadratmeter. Kinderzimmer sind im Schnitt zehn bis zwölf Quadratmeter groß. Das fahrende Auto braucht 100 Quadratmeter, ein laufendes Kind sehr viel weniger.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen ist relativ konstant, wie in der Bundesrepublik insgesamt, wobei in München der Ausländeranteil noch leicht ansteigt. In München wurden in den letzten 20 Jahren für eine nicht mehr wachsende Bevölkerung 200 000 Wohnungen neu gebaut. Das bedeutet eine Stadt so groß wie Nürnberg noch einmal dazu. Dabei gibt es in München im Gegensatz zu anderen deutschen Städten kaum leerstehende Wohnungen. Der Wohnflächenzuwachs pro Einwohner und Jahr lag bei etwa einem halben Quadratmeter. Das sind für München pro Jahr etwa 6 000

neue Wohnungen, nur um die wachsenden Ansprüche unserer Bevölkerung zu befriedigen. Das hängt eng zusammen mit der vorhin auch schon erwähnten Entwicklung zu kleineren Haushalten. München hat heute 51 Prozent Ein-Personen-Haushalte. Richtig interessant wird es dann, wenn wir irgendwann einmal vielleicht mehr Ein-Personen-Haushalte als Personen haben. Nur fünfzehn Prozent der Haushalte haben ein Kind (oder mehr) unter achtzehn, ganze fünf Prozent zwei Kinder (oder mehr) unter achtzehn.

Wenn wir heute über Veränderungen nachdenken, dann müssen wir über unsere Bürgerinnen und Bürger reden, die mehr Autos als Kinder wollen, und über Single-Haushalte und deren Lebensformen. Die Werthaltungen in unserer Gesellschaft sind heute eigentlich so ausgerichtet, daß jeder für sich Fläche konsumiert, soviel er kriegen kann, egal ob öffentliche Fläche für sein Auto vor der Tür oder private Fläche. Nur die ökonomischen Rahmenbedingungen setzen dem gewisse Grenzen, d.h. wir stellen fest, daß der Wohnflächenzuwachs sich etwas abgeschwächt hat.

Bodenpreise bis 3.000 Mark

Man muß sich darüber im klaren sein, daß in der Gesellschaft weiterhin enorme Veränderungen vorstatten gehen, mit entsprechenden Konsequenzen für die Entwicklung der Städte. Die Zeitknappheit, die in den letzten 150 Jahren das Leben der aktiven Jahrgänge geprägt hat, wird nicht mehr so entscheidend sein. Wenn der Bürger im Schnitt 80 bis 85 Jahre alt wird, dann arbeitet er von dieser Lebenszeit vielleicht 30 bis 35 Jahre im Beruf, wenn er Glück hat. Das bedeutet: 50 Jahre eines Menschenlebens sind nicht von Berufsarbeit bestimmt, bei vielen Menschen noch mehr. Diese Zeit stellt Flächenansprüche an die Stadt. Hinzu kommt, daß sich auch in unserer Arbeitswelt die Zeitstrukturen ändern. Sowohl bei BMW in der Fertigung als auch im Fraunhofer-Institut in der Forschung wird in Wechselschichten ge-

arbeitet, z.B. drei Tage arbeiten, vier Tage frei - vier Tage arbeiten, drei Tage frei. Diese Einteilung der beruflichen Arbeitszeit ändert den Anspruch an die Einrichtungen unserer Städte, u.a. die Straßen. Viele unserer Bürgerinnen und Bürger fahren mit dem Auto manchmal auch gerne nur so herum, ziellos. Das Verbringen von Zeit wird gar nicht un-



bedingt als Last empfunden, sondern als Gewinn. Und wir reden über die Stadt der kurzen Wege. Dieses Bild ist noch stark vom alten Lebensmuster der Aufteilung von Beruf/ Freizeit, Wohnen auf kleinen Räumen geprägt, es trägt nicht der Tatsache Rechnung, daß wir heute mehr Zeit und Wege deshalb eine andere Qualität haben.

Der Münchner Stadtentwicklungsplan setzt sich unter dem Stichwort „Kompakt - urban - grün“ mit diesen Fragen auseinander. Für uns ist es nicht so sehr schwer, zukünftige Siedlungsflächen innerhalb der Stadt auszuweisen. Etwa 50 Prozent des Bedarfs für die nächsten zehn Jahre resultieren aus Flächenumnutzung bei Bahn, Post, Flughafen Riem, Industrie und nur ein Stadterweiterungsgebiet ist darunter, das seit 35 Jahren in der Planung entsprechend vorbereitet wird.

Die Innenentwicklung ist uns ein Anliegen, aber sie ist keineswegs billig. Betrachten wir als Beispiel ein Industriegebiet im Münchner Norden an der Autobahn nach Nürnberg von etwa 40 Hektar Größe. Wir wollen dort durch Umnutzung 1500 bis 2000 Wohnungen und 4500 bis 6000 Arbeitsplätze unterbringen. Ein Verhältnis 50 zu 50, wie wir

es sonst in der Stadt gern machen, ist hier nicht möglich, weil mit Autobahn, autobahnähnlicher innerstädtischer Ringstraße und angrenzender Industrie so starke Belastungen in unmittelbarer Nähe sind, daß man hohe Arbeitsplatzgebäude und Freizeiteinrichtungen am Rand vorsehen muß, bevor man im Inneren dieses Quartiers Wohnungen errichten kann. Die Münchner Bodenpreise belaufen sich für einen Quadratmeter Nutzfläche im Kerngebiet auf 2000 bis 3000 DM, für Wohnfläche sind es immer noch 1800 DM pro Quadratmeter. Für das genannte Industriegebiet erwarten wir Preise von 300 bis 500 DM pro Quadratmeter, die Wertdifferenz liegt also bei 1300 DM und darüber. Trotzdem ist die Realisierung dieses Gebiets nur mit Mühe aus der Differenz von Eingangs- und Ausgangswert zu finanzieren. Für die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs muß die öffentliche Hand eine große Summe zuschießen.

In München wird so etwas über öffentliche Verträge geregelt, die genau festlegen, was zu finanzieren ist (Erschließung, Infrastruktur, Grünflächen, Kindergärten, Schulen). Der städ-

...billigere Stadtentwicklung

tische Haushalt garantiert nur den Unterhalt der Kindergärten und Grünflächen, in diesem Fall auch ein schienengebundenes Nahverkehrsmittel. Sie können sicher sein, daß mit jedem Maisacker am Stadtrand eine billigere Stadtentwicklung zu haben wäre. Und nur die Tatsache, daß in diesem Industriegebiet viele Flächen in der Hand von Eigentümern sind, die ein großes Interesse daran haben, überhaupt etwas daraus zu machen, ermöglicht eine solche Entwicklung. Soviel zur Frage der Umnutzung, des Recyclings von Flächen. Es ist sicherlich notwendig, es muß planerisch vorbereitet werden, aber es ist teurer, als das Falsche zu tun. Weder unsere steuerlichen noch unsere planerischen Rahmenbedingungen fördern das, was wir wollen, nämlich Innenentwicklung. Es gibt keine höhere Förderung für die Umnutzung. D.h. wenn in München Wohnungen gebaut werden, ist die Förderung nicht

höher als im bayerischen Wald. Der Bürger dort, der alle Infrastruktureinrichtungen nur mit dem Auto erreichen kann, bekommt relativ gesehen eine wesentlich höhere Förderung als jemand, der in der Stadt das Richtige tut. Daß die Energieverbräuche bei dichter Bebauung sehr viel geringer sind, ist ebenfalls bekannt.

Dazu kommt, daß auch das Bauen in einer solchen Dichte, wie wir es in München mit Geschoßflächenzahlen von 1,6 bis 2,0 machen, natürlich sehr viel aufwendiger ist, als wenn man sich eine Holzhütte in den bayerischen Wald stellt oder mit Fertigteilen baut. Selbst eine kleine Wohnung muß in einem dicht bebauten Gebiet durch hohe Konstruktionskosten sehr viel aufwendiger hergestellt werden als ein einfaches Reihenhaus auf der grünen Wiese.

Aber nicht nur die ökonomische Seite einer nachhaltigen Stadtplanung hat

Bäcker vor der Tür - aber ohne Lärm

ihre Probleme. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß viele Menschen sich in einer solchen Dichte der Bebauung, wie wir sie heute realisieren, beeengt fühlen. Sie finden es angenehmer, nicht so dicht nebeneinander zu leben. Sie wollen zwar den Bäcker vor der Tür haben, aber nicht seinen Lärm. Eine lockere dörfliche Struktur ist sozial wesentlich einfacher zu beherrschen als eine hohe Dichte in der Stadt.

Auch die von uns geforderte soziale Mischung in den Wohngebieten ist kein allgemein geteiltes Ziel. Wir Stadtplaner erzählen den Menschen, daß es gut ist, wenn wir das Fremde nah sehen, denn dann ist es uns nicht mehr fremd. In Wahrheit aber neigt der Mensch dazu, Gleiches oder Ähnliches in seiner Nachbarschaft zu suchen und gerade nicht das Fremde. Wir müssen davon ausgehen, daß Segregation ein ganz normales menschliches Verhalten ist. Das können wir städtebaulich nicht überwinden.

Nicht besser steht es um unser Ziel, Wohnen und Arbeiten zu mischen. Die vom Gewerbe ausgehenden Störungen sind im Alltag des städtischen Lebens ein Riesenproblem. Lösungen gehen immer zu Lasten des Gewerbes. Nicht nur die Kuhglocken werden verboten,

auch die Gewerbebetriebe werden in ihrem täglichen Handeln eingeschränkt. Sie können auf moderne Arbeitszeiten nicht umstellen, weil sie morgens vor sieben Uhr und abends nach acht nichts mehr tun dürfen. Diese Frage hat auch noch eine ökonomische Seite. Die Einkaufszentren auf der grünen Wiese erfreuen sich großer Anziehungskraft ihrer Kostenvorteile wegen. Alle wollen den kleinen netten Laden nebenan, in dem man auch noch mal ein Wort reden kann, aber keiner ist bereit, für ein Kilo Zucker zehn Pfennig mehr zu bezahlen. Und es steigt die Zahl derer, die das finanziell auch nicht mehr können.

Fast noch schwieriger zu integrieren in die von uns gewünschte Mischung ist der Freizeitbereich. Ein Bolzplatz in einem Wohngebiet ist unzulässig, aber wo sollen die Jugendlichen hin? Vielleicht an den Stadtrand? Dasselbe mit Tennis und anderen Sportarten, die bestenfalls zu sehr beschränkten Tageszeiten toleriert werden. Wohnen und Freizeit vertragen sich ausgesprochen schlecht, gerade sie aber müßten wir besonders zusammenbringen. Ich erinnere an die Feststellung, daß von 80 bis 85 Lebensjahren nur noch 35 voll dem Beruf gewidmet sind. Überdies beobachten wir, daß die Größenordnungen von Freizeiteinrichtungen noch schneller anwachsen als die des Handels.

Mischung und Dichte sind verständliche Forderungen. Sie sind aber nur sehr schwer umzusetzen, weil ökonomische und soziale Kräfte in eine andere Richtung drängen, Kräfte, denen obendrein die Bundesregierung noch die Wege bahnt. Diese Bundesregierung, die uns in der Gestalt des Ministers Töpfer gern an die hehren Ziele der Habitat-Konferenz erinnert, Mischung und Verdichtung anzustreben, hat nach meiner Einschätzung und der meiner Kolleginnen und Kollegen im Bauausschuß des deutschen Städtetages ohne Not den Paragraphen 35 des Baugesetzbuchs geändert, der bisher das Bauen im Außenbereich wirklich auf landwirtschaftliche Gebäude beschränkt hat. Sie können danach de facto jede nichtlandwirtschaftliche Nutzung im Außenbereich in vorhandenen Gebäuden realisieren. Das ist für eine Region wie München ganz hervorragend: Jede Scheune, die ich als ein

landwirtschaftliches Gebäude errichte, kann ich hinterher in einen Teppichladen umfunktionieren oder anderweitig gewerblich nutzen. Mit allen Folgen für die Erschließung und die dadurch bedingte Zersiedlung der Landschaft. Zersiedlung entsteht eben nicht nur

Starke Politik mit langem Atem

durch Gebäude, sondern auch durch Erreichbarkeit und Erschließung, das ist bei der Änderung von Paragraph 35, Abs.4 überhaupt nicht bedacht worden. Im nördlichen Schleswig-Holstein mag das kein Problem sein, wie eine Bundestagsabgeordnete von dort gesagt hat, aber im Umland der großen Städte ist das ein Riesenproblem. Ich sage allen Forderungen und Postulaten zum Trotz eine wesentliche Verschlechterung der baulichen Entwicklung voraus, und das keineswegs deshalb, weil ich der Meinung wäre, im Bundestag oder im Bundesbauministerium säßen lauter Dummköpfe. Ich möchte mein Referat mit einem Zitat beenden. Professor Klaus Siebel, Soziologe an der Universität Oldenburg, hat sich vor Kurzem zu den Fragen, die uns hier beschäftigen, wie folgt geäußert: „Dennoch aber würde eine Stadtpolitik, die die überkommene Struktur der europäischen Stadt bewahren will, gesellschaftlich dominante Trends umsteuern müssen. Das hat Stadtpolitik noch nie versucht. Die Charta von Athen, das beherrschende Leitbild der Stadtentwicklungspolitik in diesem Jahrhundert, war gerade deshalb erfolgreich, weil sie zum Ziel erhob, was eh geschah. Eine Stadtpolitik, die den immer noch beherrschenden Trends der Suburbanisierung und Entmischung gegenzusteuern versuchte, geriete auch in Konflikt mit den starken Interessen etwa des Gewerbes und den tief verankerten Wohnwünschen großer Teile der Einwohnerschaft, die diese Entwicklungen bisher getragen haben. Es müßte also eine sehr starke Politik sein mit einem langen Atem und auf der Basis geschlossener politischer Mehrheiten. Solche Mehrheiten sind aber gegenwärtig nicht in Sicht trotz aller guten ökologischen, sozialen und kulturellen Argumente, die für eine solche Politik angeführt werden können.“

„Überfordert - unfähig - unwillig?“ Möglichkeiten und Grenzen der Ahndung von Justizunrecht durch den Rechtsstaat

von Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig (F.D.P.), Bundesjustizminister

Die Aufarbeitung des Justizunrechts in der ehemaligen DDR ist sicher keine leichte Aufgabe. Zu einem Pessimismus, wie ihn der für die heutige Diskussion gewählte Titel nahelegt, besteht aber kein Anlaß. Der Rechtsstaat ist bei der Ahndung von Justizunrecht gewiß nicht ohnmächtig. Man muß allerdings ganz nüchtern und realistisch die Grenzen im Auge behalten, die vor allem einer rechtsstaatlichen Justiz bei der Bewältigung dieser Aufgabe gesteckt sind: Die naturrechtliche Idee der Gerechtigkeit bricht hier eben oftmals an den Form- und Verfahrensprinzipien, die die staatliche Strafgewalt zugunsten von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit der Bürger begrenzen. Der Rechtsstaat ist nicht grenzenloses Gerechtigkeitsfühlen und -wünschen, sondern kontrolliertes, verlässliches Einhalten von gewonnenen Gerechtigkeitsregeln.

Leider läßt die anhaltende Kritik an den bisherigen Bemühungen zur strafrechtlichen Aufarbeitung von Justizunrecht erkennen, daß vielfach ein fundamentales Mißverständnis darüber herrscht, was eine rechtsstaatliche Justiz leisten kann und leisten soll. Während nämlich die einen beständig den Vorwurf der „Siegerjustiz“ wiederholen, sehen die anderen die bisherige strafrechtliche Verfolgung der Täter als völlig unzureichend an. Beide Vorwürfe sind falsch. Selbstverständlich betreiben unsere Gerichte keine Siegerjustiz: „Sieger“ war 1989/90 die Bevölkerung der DDR. Insoweit geht es übrigens auch gar nicht um Sieger und Besiegte, sondern darum, daß hier etwas - nämlich die gerichtliche Verfolgung von staatlichem Unrecht - von den Menschen selbst gewollt wurde, dessen Folgen nun aber verständlicherweise als beschwerlich empfunden werden.

Für die strafrechtliche Ahndung von Justizunrecht hat der Bundesgerichtshof dabei mit seiner grundlegenden Entscheidung vom Dezember 1993 folgende Leitlinien vorgegeben: Zunächst stellt der BGH fest, daß sich auch Justizangehörige der ehema-

ligen DDR grundsätzlich ihrer Verantwortung für Rechtsbeugungshandlungen stellen müssen. Unter Berücksichtigung des verfassungsrechtlich verantworteten Grundsatzes des Vertrauensschutzes führen aber die Unterschiede der Rechtssysteme in Ost und West dazu, daß der Vorwurf der Rechtsbeugung nur den Richtern gemacht werden kann, deren Entscheidung willkürlich und eine schwere Menschenrechtsverletzung war. Dazu zählen erstens Entscheidungen, in denen Straftatbestände überdehnt worden sind. Zweitens solche, in denen die verhängte Strafe in einem unerträglichen Mißverhältnis zu der abgeurteilten Handlung gestanden hat. Drittens geht es

um schwere Menschenrechtsverletzungen durch die Art und Weise des Verfahrens.

Auf dieser Grundlage sind bereits einige rechtskräftige Verurteilungen wegen Rechtsbeugung erfolgt und zahlreiche weitere Verfahren laufen noch. Es kann also keine Rede davon sein, die Justiz komme ihrer Aufgabe zur Ahndung des Justizunrechts in der ehemaligen DDR nicht nach.

Auch der oft gezogene Vergleich mit der - tatsächlich fehlgeschlagenen - strafrechtlichen Bewältigung des NS-Justizunrechts ist nicht gerechtfertigt. Damals ließen bekanntlich vor allem die weitgehende personelle Identität in der Nachkriegsjustiz und ein die Justiz durchdringender Korpsgeist eine Bestrafung der Täter scheitern. Hinzu kam, daß der Bundesgerichtshof den subjektiven Tatbestand der Rechtsbeugung durch Auslegung so weit einschränkte, daß er praktisch unanwendbar wurde.



Schmidt-Jortzig: „Es kann keine Rede davon sein, die Justiz komme ihrer Aufgabe zur Ahndung des Justizunrechts in der ehemaligen DDR nicht nach.“
Foto: Kaaserer

Es ist gelungen, eine Wiederholung dieser Fehler zu vermeiden: So waren die bisherigen Verurteilungen von DDR-Richtern nur möglich, weil sich der BGH von der einschränkenden Tatbestandsauslegung der Nachkriegszeit gelöst hat. Und die bisherige Rechtsprechungspraxis besonders auch durch ehemalige DDR-Richter bestätigt, daß es einen falsch verstandenen Korpsgeist in der gesamtdeutschen Justiz nicht gibt.

Freilich geht diese Rechtsprechung vor allem den Opfern der SED-Justiz nicht

Keine „Revolutions- prozeßordnung“

weit genug. Das ist angesichts der oftmals schweren persönlichen Schicksale nur zu verständlich. Trotzdem bin ich der Überzeugung, daß rechtsstaatliche Grundsätze bei der strafrechtlichen Aufarbeitung des Justizunrechts strikt eingehalten werden müssen. Eine Art „Revolutionsprozeßordnung“, die um einer angemessenen Aburteilung der Täter willen auf die Achtung von Grundrechten und Verfahrensgarantien verzichtet, kann und wird es in einem Rechtsstaat nicht geben. Denn es ist gerade diese Bindung an Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, die un-

Rechtssicherheit gewährleisten - für Täter und Opfer!

sere Rechtsordnung und unsere Justiz von derjenigen der DDR unterscheidet. Aus diesem Grunde halte ich auch eine nochmalige Verlängerung der Verjährungsfristen für sog. mittelschwere Straftaten wie die Rechtsbeugung für nicht sachgerecht. Ein Rechtsstaat muß Rechtssicherheit gewährleisten - für die Täter ebenso wie für die Opfer! Er darf deshalb nicht beliebig mit Verjährungsfristen jonglieren.

Im übrigen ist es eine Illusion, Aussöhnung und Wiedergutmachung allein oder auch nur in erster Linie durch die Strafjustiz erreichen zu wollen. Die Tatbestände des Strafrechts sind auf individuelles, eigenverantwortliches Handeln zugeschnitten und können deshalb dem Ganzen des systemimmanenten Unrechts kaum gerecht werden. Ohnehin ist es mit einer Abur-

teilung der Täter allein nicht getan - selbst wenn wir zunehmend auch den Gesichtspunkt einer Genugtuung für die Opfer in den straftheoretischen Blick nehmen. Keineswegs zuletzt, sondern ganz vorrangig geht es auch um Gerechtigkeit für die Opfer.

Hier stand der Gesetzgeber nach der Wiedervereinigung vor der schwierigen Frage, ob und wie begangenes Unrecht wiedergutmacht werden kann. Zwar hatte schon der Einigungsvertrag klargestellt, daß eine Generalrevision aller Entscheidungen von DDR-Behörden und DDR-Gerichten nicht in Betracht kommen konnte, weil dies zu einer unerträglichen Rechtsunsicherheit geführt hätte. Aber: elementar rechts-

nachwirken und deren Situation gerade aus diesem Grunde schwierig ist.

Die Bestrafung der Täter und die Wiedergutmachung für die Opfer sind grundsätzlich geeignete und auch wirksame Mittel zur rechtsstaatlichen Reaktion auf das geschehene Justizunrecht. Sie können aber eine umfassende geschichtliche Aufarbeitung und eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Justiz im SED-Staat nicht ersetzen. Für diese Aufarbeitung und Auseinandersetzung wiederum sind gesicherte Erkenntnisse über die Rolle und Funktionsweise der Justiz in der ehemaligen DDR unerlässlich.

„Es ist eine Illusion, Aussöhnung und Wiedergutmachung allein oder auch nur in erster Linie durch Strafjustiz erreichen zu wollen.“

staatswidrige Strafurteile und Verwaltungsmaßnahmen sollten nicht in der Welt bleiben.

Diese Vorgaben setzte der Deutsche Bundestag noch in der ersten Legislaturperiode nach der Vereinigung mit dem Strafrechtlichen, dem Verwaltungsrechtlichen und dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz um. Staatliche Wiedergutmachung wird danach denjenigen gewährt, die in der Zeit des DDR-Regimes in besonderem Maße Unrecht erlitten haben, also vor allem den Opfern politisch motivierter Strafverfolgungsmaßnahmen. Diese Gesetze und vor allem die darin vorgesehenen Ausgleichsleistungen wurden allerdings praktisch von Anfang an als unzureichend kritisiert. Deshalb ist nunmehr ein Gesetz verabschiedet worden, das die bisherigen Leistungen ergänzt und damit dem Schicksal und der heutigen Situation der Opfer besser Rechnung trägt. Im Hinblick auf die angespannte Haushaltssituation mußten wir uns allerdings darauf beschränken, die zusätzlichen finanziellen Leistungen vorrangig denjenigen SED-Opfern zukommen zu lassen, bei denen die Verfolgungsmaßnahmen noch heute

Das Bundesministerium der Justiz hat deshalb verschiedene rechtstatsächliche Untersuchungen in Auftrag gegeben, so zum Beispiel ein Forschungsprojekt zur Steuerung der Justiz in der DDR durch politische Einflußnahmen. Darüber hinaus will auch die von meinem Haus initiierte Wanderausstellung mit dem Titel „Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED“ umfassend über das Rechtssystem zu DDR-Zeiten informieren. Und ich freue mich, daß die heutige Diskussionsveranstaltung eine weitere Gelegenheit bietet, sich mit dem Thema Justizunrecht intensiv auseinanderzusetzen. Ich hoffe, wir können damit zugleich einen kleinen, aber wichtigen Beitrag zum Zusammenwachsen der Menschen in Ost und West leisten. Denn dieses Zusammenwachsen braucht neben reichlich bemessener Zeit, die bekanntlich viele Wunden heilt, auch gegenseitiges Verständnis, ein unbefangenes Aufeinanderzugehen sowie vor allem offene Diskussionen, in denen nicht pauschale Vorurteile, sondern differenzierte Einsichten im Vordergrund stehen. ■

Zeitungs-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Mehrere Tagungen und Seminare der Akademie stießen im Verlauf des vergangenen Sommers auf ein vielfältiges, überregionales Presse-Echo.

Konzept Nachhaltigkeit

So schreibt zum Beispiel Gerhard Kaminski in der **Frankfurter Rundschau** vom 1. Juli 1997 unter der Überschrift „Konsens oder Papierkorb“ über die Tagung der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“:

Was das Postulat der Nachhaltigkeit bedeutet, hat die Enquetekommission in ihrem kürzlich vorgelegten Zwischenbericht vor allem für einen Umweltbereich konkretisiert, der bislang weitgehend ungeschützt ist: den Boden. Dabei hat sie eine Reihe von Umweltzielen für einen sparsamen Umgang mit dieser Ressource und die Verringerung von Schadstoffbelastungen benannt sowie Maßnahmen für deren Verwirklichung erarbeitet.

Damit die Debatte nicht abstrakt bleibt, wurde der Arbeitsschwerpunkt im Bereich 'Bauen und Wohnen' gewählt. Hier findet sich denn auch eines der wenigen konkreten quantifizierten Ziele des Berichts: Der Zuwachs des Flächenverbrauchs für Siedlungen und Verkehr soll bis 2010 auf 10% des heutigen Werts begrenzt werden. Dazu ist es nötig, weniger auf der 'grünen Wiese' zu bauen und mehr innerhalb bestehender Baugebiete. Es sollen Baulücken geschlossen und bestehende Flächen und Gebäude effektiver genutzt werden. Die Devise lautet: Umbau statt Neubau. Selbst an Erleichterungen für den Wohnungstausch zwischen Mietern wurde gedacht: Um vorhandenen Wohnraum effektiver zu nutzen, soll beispielsweise mit einem 'Umzugsmanagement' nachgeholfen werden."

Justiz im Zwielficht

Anlässlich der Fachtagung „Justiz im Zwielficht - ihre Rolle in Diktaturen und die Antwort des Rechtsstaates“ sprach Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig in der Politischen Akademie. Helmut Kerscher schreibt unter dem Titel „Der fatale Witz vom Ziegenbock und die späte Beichte der Richter“ in der **Süddeutschen Zeitung** vom 1. Juli 1997 u.a.:

„Gemeinsamer Nenner aller Teilnehmer war die harsche Kritik an der 'Bewältigung' des Justizunrechts durch die bundesdeutsche Justiz. Über deren Versagen angesichts der braunen Verbrecher in den Roben mußte nicht mehr viel gesagt werden - spätestens seit jenem historischen Urteil des Bundesgerichtshofs vom November 1995,

„Späte Beichte“

das der juristische Zeitzeuge Otto Gritschneider einmal eine 'späte Beichte' genannt hatte... Was die Reaktion auf DDR-Justizunrecht anging, so entwickelte sich die Tagung streckenweise zu einem Tribunal gegen den BGH. Es trat eine Phalanx von Anklägern auf - von Professor Günther Spendel (der von Rechtsbeugung sprach) bis zum Regensburger Strafrechtsprofessor Friedrich Christian Schroeder, vom Ludwigsburger Staatsanwalt Willi Dreßen bis zum Berliner Generalstaatsanwalt Christoph Schaeffgen. Sie legten eine sehr differenzierte, aus der Sicht des engagierten Chefanklägers in Sachen 'Regierungskriminalität' durchaus nachvollziehbare Kritik vor. Natürlich ist es für ihn wenig erbaulich, wenn in Berlin von 14.000 Ermittlungsverfahren gegen 1.100 Richter und Staatsanwälte der DDR-Justiz nur 19 Verurteilungen übrig bleiben, denen vielleicht noch 30 bis 40 Anklagen folgen..."

Unter der Überschrift „Leugnen und Verdrängen“ schreibt Peter Schmalz über die gleiche Tagung in der Welt vom 8. Juli 1997:

„Bereits mehr als 100 Angehörige der DDR-Justiz wurden zur Freiheitsstrafe zwischen einem und neun Jahren verurteilt, doch die meisten von ihnen sind wieder eingewaschen: Der Bundesgerichtshof hob fast alle Urteile auf und verfügte Freispruch. Die Begründungen erwecken den Eindruck,

BGH auf dem Holzweg

die Richter hätten mehr Verständnis für die Täter und damit für den Bestandsschutz der Diktatur als für die Opfer und damit für die Menschenrechte.

Der BGH ist damit auf einem Holzweg. Es schadet dem Ansehen einer rechtsstaatlichen Grundordnung ausgerechnet bei denen, die sich in ihr geborgen fühlen wollten als unter Honeckers Knute. Bleibt er bei seiner täterfreundlichen Urteilsfindung, kann Krenz über die 'Siegerjustiz' nur grinsen, dann winkt zumindest in letzter Instanz der Freispruch - und Ministerpräsident Höppner hätte einen neuen Zeugen für die aberwitzige These, die DDR sei eben doch kein Unrechtsstaat gewesen."

Achim Sing berichtet in der **Bayerischen Staatszeitung** unter dem Titel „Zweimal Diktatur - zweimal Juristen in Livree statt in Talar“:

"Die SED-Führung setzte auf die institutionelle Zentralisierung des Justizwesens und eine personelle Durchdringung des Justizapparates mit SED-Mitgliedern. Richter und Staatsanwälte waren doppelt in Staats- und Parteistrukturen eingebunden, sie untermauerten den 'politischen und ideologischen Führungsanspruch der SED', wie Clemens Vollnhals von der Berliner Gauck-Behörde formulierte.

Justiz, Partei, Polizei und das Ministerium für Staatssicherheit wirkten nahtlos zusammen. Die Rechtssprechung stand im Dienst des Staates und hatte als wichtiger Hebel für den Aufbau einer 'sozialistischen Gesellschaft' zu dienen. Dies führte Dr. Falco Werkentin, der Berliner Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen, am Beispiel der Verurteilung sogenannter 'Wirtschaftsverbrecher' in den 50er und 60er Jahren aus: Die selbständigen Gewerbetreibenden und Bauern standen der Zwangskollektivierung im Wege. Zur Abschreckung wurde in der Presse über drakonische Strafen berichtet. Die SED-Führung scheute nicht davor zurück, die Justizbehörden zu Todesurteilen zu bewegen..."

Plebiszitärer Scherbenhaufen?

In zwei Veranstaltungen setzte sich die Akademie für Politische Bildung mit den Ergebnissen und Konsequenzen der neu in Bayern eingeführten kommunalen Bürgerentscheide auseinander. Beim Akademiegespräch im Landtag berichtete der Feldafinger Bürgermeister Günter Gerhard über seine Ansichten und Erfahrungen anlässlich des Bürgerentscheids über das „Buchheim-Museum“. Bürgermeister Gerhard war an der Spitze der Befürworter der Mehrheit seiner Bürgerinnen und Bürger unterlegen.

Waltraud Taschner schreibt in der Zeitschrift „*Maximillaneum* 6/97“ über die Diskussion: „...Gerhard ist ohnehin der Meinung, daß bei Bürgerentscheiden weniger das auf sachliche Information basierende Argument zählt, als vielmehr die Irrationalität: Am Beispiel des gescheiterten Museums machte er deutlich, daß die Gegner sich mit dem eigentlichen Gegenstand der Abstimmung - dem Bebauungsplan - kaum auseinandergesetzt hatten... Gerhard folgerte: 'Bürgerentscheide sind rechtlich höchst bedenklich'.

Vogelwilde Konzepte

Statt des 'intellektuell saudummen Systems Bürgerentscheid' plädierte Gerhard für eine sogenannte Bürgerbefragung... Der SPD-Rechtsexperte Dr. Klaus Hahnzog wollte davon nichts wissen. Was Gerhard anstrebe, sei ein 'Rückschritt'. 'Die Bayerische Verfassung', argumentierte Hahnzog, 'sieht den Bürger bei den kompliziertesten Fragen als mündig an.' Er dürfe sogar, sagte er mit Blick auf das erfolgreiche Volksbegehren zur Abschaffung des Bayerischen Senats, 'über Verfassungsorgane abstimmen'... Oberreuters Fazit zum Thema Bürgerentscheid lief im übrigen auf einen Kom-

promißvorschlag hinaus. Es mache keinen Sinn, die plebiszitäre und die repräsentative Demokratie gegeneinander auszuspielen, Bürgerentscheide könnten durchaus 'sinnvoll' sein. Aber fragte Oberreuter, müssen sie denn 'so vogelwild konzipiert sein wie in Bayern'?"

Der Korrespondent des *Main Echo* Ralph Müller kommt zu folgendem Ergebnis: „Am Feldafinger Kulturscherbenhaufen, das mußte Gerhard einräumen, hätte auch die von ihm gewünschte Degradierung des Bürgerentscheids zur bloßen Bürgerbefragung wohl nichts geändert. Wenn sich nämlich in der Befragung ebenfalls 60 % der Bürger gegen das Museumsprojekt ausgesprochen hätten, dann wäre im Gemeinderat auch keine Mehrheit mehr dafür auf die Beine zu bringen gewesen.“

Dem gleichen Thema widmete sich eine Außentagung der Akademie in der Würzburger Residenz. Unter dem Titel „Bessere Politik“ oder „Unregierbarkeit“? wurde eine Bilanz der kommunalen Bürgerbehörden und Bürgerentscheide versucht. Fritz Riedl schreibt darüber am 21. Juli 1997 unter der Überschrift „Die Kritiker fordern ein Quorum“ in der *Süddeutschen Zeitung*: „...die Initiative 'Mehr Demokratie' kam zu dem Fazit, 'daß der Bürgerentscheid in Städten und Gemeinden als Medizin für mehr Bürgernähe gewirkt hat.' Jeder Volksvertreter, der ohne die Bürger Politik machen wolle, sei ein neuer Beweis für die Notwendigkeit des kommunalen Mitspracherechtes, sagte Thomas Mayer, Geschäftsführer von 'Mehr Demokratie' vor etwa 50 Tagungsteilnehmern. Nach den Erhebungen der Bürgeraktion haben von November 1995 bis Mitte Juni 1997 in Bayern über 300 Bürgerbegehren und

180 Bürgerentscheide stattgefunden. Die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung lag bei 47,2%. Die Hälfte der Begehren sei angenommen, sagte Mayer. Er kritisierte insbesondere die 'bürgerfeindliche und verfassungswidrige' Forderung nach einem Quorum... Die Kritiker des Bürgerentscheids, unter ihnen der Kitzinger Oberbürgermeister und Bezirksvorsitzende des Bayerischen Städtetages, Erwin Rumpel, sowie der Würzburger Rechtswissenschaftler Franz Ludwig Knemeyer, beharrten auf ihrer Forderung nach einem Quorum... Akademieleiter Heinrich Oberreuter schätzte den Mehrwert des kommunalen Bürgerentscheids als 'vergleichsweise gering' ein.“

Christiane Florin schreibt im *Rheinischen Merkur* vom 25. Juli 1997 unter dem Titel „Angst vor dem Bürger-King“: „Die attackierten Repräsentanten wehren sich gegen den Verdacht, ihre Kritik am Bürgerentscheid entspringe der Angst vor der Basis. Auf das vom Veranstaltungstitel suggerierte Klagelied über die „Unregierbarkeit“ mag sich denn auch niemand einlassen... Die vom Bürgervotum gebeutelten Praktiker erhalten Schützenhilfe von der Wissenschaft: Der Direktor der Tutzinger Akademie, Heinrich Oberreuter, warnt davor, Volksvertreter und Volk gegeneinander auszuspielen und plebiszitäre Elemente als Allheilmittel anzupreisen. Der Bürger sollte die Entscheidung seiner Vertreter zwar beeinflussen, aber nicht an ihrer statt entscheiden. ...Weil viele Kritiker des Bürgerentscheids indessen nicht daran glauben, das umstrittene Instrument mit einem Richterspruch loszuwerden, haben sie sich vom Grundsätzlichen auf die Forderung nach Korrekturen verlegt. In seiner derzeitigen Form sei das Gesetz zum Bürgerentscheid ein 'Betriebsunfall der etablierten Landtagspolitik', diagnostiziert der Würzburger Rechtswissenschaftler Franz Ludwig Knemeyer. Es ermögliche einer Minderheit, ihre 'Mein-Wohl-Politik' zur Mehrheitsentscheidung zu erheben. Sein Remedurvorschlag: ein Quorum von 25%. Das heißt, mindestens jeder vierte Abstimmungsberechtigte muß dem Anliegen des Bürgerentscheids zustimmen.“

Themen + Tagungen + Termine

Kommunismus und Sozialdemokratie - eine Jahrhundertkonfrontation

Nr. 75/97, 5. - 7. September 1997

Anhand einer europäischen „Intimfeindschaft“, die durch das klärende Schisma zwischen den russischen Menschewiki (Sozialdemokraten) und Bolschewiki (leninistische Kommunisten) am Beginn des Jahrhunderts eingeleitet wurde, soll die existenzielle Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur als Charakteristikum des 20. Jahrhunderts sichtbar gemacht werden.

Auf dem Programm stehen Beiträge u.a. vom Kommunismus-Experten **Wolfgang Leonhard**, dem ehemaligen Mitglied des SED-Politbüros **Günter Schabowski**, dem ostdeutschen Wissenschaftler und Politiker **Richard Schröder** und dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Bundesminister a. D. **Hans-Jochen Vogel**.

Leitung: Jürgen Maruhn, Dr. h.c. Annemarie Renger

Kooperationspartner:

Kurt-Schumacher-Gesellschaft e. V.

Tagungsgebühr: DM 90,-

Tagungssekretärin: Heike Bäuerle, Tel. 08158/256-46.

Europa-Tag in der Politischen Akademie: Die Europäische Union vor großen Herausforderungen

Nr. 77/97 Samstag, 13. September 1997

9.00 Uhr: *Wohin rollt der Euro? Die Europäische Währungsunion und die Folgen:* Referent Dr. Robert Grassinger, Universität Mainz

11.00 Uhr: *Die Europäische Union vor der Erweiterung nach Osten:* Dr. Martin Brusis, Forschungsgruppe Europa, Centrum für Angewandte Politikforschung (C.A.P.)

14.00 Uhr: *Die Zukunft der Agrarpolitik:* Dr. Leopold Melian

17.30 Uhr: *Die Europäische Union - Immer noch ein unvollendeter Bundesstaat?* Dr. Michael Piazzolo, Akademie Tutzing.

Leitung: Dr. Michael Piazzolo, Dr. Josef Ackermann

Kooperationspartner: Europa-Union

Tagungsgebühr: DM 30,-

Tagungssekretärin: Karin Sittkus, Tel. 08158/256-49.

Journalismus und Wahrheit Medienwirklichkeit - Fiktion - Faking - Fälschung

Nr. 85/97, 29. September bis 2. Oktober 1997

Seminar für Journalisten in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk des Deutschen Journalisten-Verbandes und dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau.

Zwischen Fiktion, Faking und Fälschung liegen Welten. Fiktion entsteht schon, wenn Journalisten Ausschnitte, Teilansichten und Zusammenfassungen von Wirklichkeit veröffentlichen und so fast immer verzerren oder verkürzen. Faking entsteht, wenn Journalisten Wirklichkeit inszenieren, von der sie glauben oder wissen, daß sie kurz vorher noch da war oder irgendwo anders zu besichtigen ist. Bei der Fälschung passen Realität und Bericht nicht zusammen. Es werden Bilder und/oder Texte geliefert, die „wir nicht sehen wollen, aber unbedingt sehen müssen, weil sie unter die Haut gehen“. Und weil es die Auflage bzw. die Quote steigert. Die Teilnehmer werden sich mit Fiktion und Fälschung in allen Medien auseinandersetzen. Daß dieses Problem nicht auf die „Großen“ in der Medienlandschaft beschränkt bleibt, werden Beispiele aus der lokalen und regionalen Berichterstattung zeigen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind aufgefordert, ihre eigenen Erfahrungen über Realität und Verzerrung in das Seminar einzubringen.

Referenten:

Prof. Dr. Walter Hömberg, Lehrstuhl für Journalistik, Katholische Universität Eichstätt

Prof. Dr. Siegfried Weischenberg, Institut für Publizistik, Universität Münster,

Dr. Claudia Schreiner, Redaktionsleitung Brisant, ARD

Bernd Jacobs, Chefredaktion Spiegel-TV

Michael Grabenströer, Frankfurter Rundschau

Angela Böhm, Abendzeitung München

Michael Stiller, Süddeutsche Zeitung

Leitung: Dr. Frauke Höbermann, DJV-Bildungswerk

Dr. Michael Schröder, Akademie Tutzing

Tagungsgebühr: DM 750,-

Für DJV-Mitglieder DM 650,-

Tagungssekretariat: Heike Bäuerle, Tel. 08158/256-46

Die NATO zu neuen Ufern Perspektiven nach dem Gipfel von Madrid

Nr. 91/97 17. - 19. Oktober 1997

Kontinuität in den Grundsätzen des Bündnisses freiheitlicher Demokratien ermöglicht Flexibilität und Wandel der NATO in der neuen Weltlage. Geradezu zwingend geworden ist, was gestern noch sensationell erschien: auf dem Wege sind neue NATO-Partner, die - wenngleich widerspenstig - dem untergegangenen Gegen-Bündnis angehört haben. Auf der Tagung sollen Bilanz gezogen und Zukunftsperspektiven erörtert werden.

Auf dem Programm stehen u. a. Beiträge zweier früherer Generalinspektoren der Bundeswehr, Admiral Dieter Wellershoff und General Wolfgang Altenburg sowie des Direktors im internationalen Militärstab der NATO, General Harald Kujat. Für zusätzlichen Diskussionsstoff wird eine Darlegung des russischen Standpunktes sorgen; die künftigen Neumitglieder werden - die Unvergessenheit des Spätsommers 1989 mag hier mitgewirkt haben - durch eine offizielle Stimme Ungarns vertreten sein.

Leitung: Dr. Horst Denzer, Jürgen Maruhn

Kooperationspartner: Deutsche Atlantische Gesellschaft

Teilnahmegebühr: DM 90,- / für Auszubildende, Studierende, Wehr- und Zivildienstleistende DM 45,-.

Tagungssekretärin: Renate Heinz, Tel. 08158/256-50.

Über das Wirtschaftliche hinaus... kulturelle und politische Fragen der Osterweiterung der Europäischen Union

Nr. 112/97 vom 4. - 6. Dezember 1997

Kooperationsveranstaltung mit der Evangelischen Akademie Tutzing, dem Südost-Institut München und der Südosteuropa-Gesellschaft München.

Die Weiterentwicklung der Europäischen Union gehört zu den wichtigsten Themen, mit denen sich Politik, Öffentlichkeit und Medien in den europäischen Ländern beschäftigen. Während derzeit in Deutschland und den übrigen Altmitgliedstaaten der EU das Thema Europäische Währungsunion im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, werden Fragen der Osterweiterung der EU in naher Zukunft vergleichbare Aktualität und Wichtigkeit bekommen. Die Aufnahme konkreter Verhandlungen mit einer ersten Gruppe beitragswilliger Länder steht ja bevor, weitere Staaten haben ihren Beitrittswunsch deutlich artikuliert.

Bislang werden Fragen der Osterweiterung bei uns zumeist unter ökonomischen und sicherheitspolitischen Aspekten diskutiert. So wichtig diese Themen auch sind, können sie doch nicht losgelöst von politischen, rechtlichen, kulturellen und religiösen Fragen behandelt werden. Daher soll die vorgesehene Tagung gerade solchen Aspekten Aufmerksamkeit schenken.

Als Referenten werden sowohl westeuropäische als auch osteuropäische Experten zur Verfügung stehen. Teilnehmerzielgruppe sind Multiplikatoren aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, Medien und Kultur.

*Leitung: Dr. Peter Hampe, Akademie für Politische Bildung
Dr. Martin Held, Evangelische Akademie Tutzing
Dr. Franz Lothar Altmann, Südostinstitut/Südosteuropa-Gesellschaft*

Tagungssekretärin: Renate Heinz, Tel. 08158/256-50

Zeitungsdemokratie - Fernsehdemokratie - Online - Demokratie: Das Politische in den Medien

Nr. 95/97 vom 27. - 29. Oktober 1997

Fachtagung für Multiplikatoren der politischen Erwachsenenbildung in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Politische Bildung.

Medien verändern die Politik - die Inhalte wie die Akteure. Medien prägen unser Bild von der Demokratie. Zwischen Tagesschau und Talkshow: Politik wird zurecht gemacht - nicht nur für das Fernsehen.

Die modernen Massenmedien sind eine feste Bezugsgröße für die Politik - sie sind es nach wie vor zu wenig für die politische Bildung. Demokratie kann aber nur der verstehen, der die Wechselspiele zwischen Politik und Medien kennt. Politische Bildung muß sich den Herausforderungen gegenwärtiger wie zukünftiger Mediendemokratie stellen. Im Erfahrungsaustausch mit Experten wollen wir das Thema von vielen Seiten beleuchten, Perspektiven aufzeigen und neue Projektideen entwickeln.

Tagungsleitung:

Dr. Dieter Golombek, Bundeszentrale für Politische Bildung, Dr. Michael Schröder, Akademie Tutzing.

Referenten: Prof. Dr. Anton Austerlitz, Hochschule der Künste, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Gast, Universität Gießen

Tilman Gangloff, freier Medienjournalist

Prof. Dr. Bernd Schorb, Universität Leipzig

Dr. Lothar Mikos, HFF Potsdam-Babelsberg

Dr. Fred Schell, Institut Jugend Film Fernsehen, München

Die Tagungsgebühr trägt die Bundeszentrale für Politische Bildung. Unterkunft und Verpflegung sind frei.

Tagungssekretärin: Heike Bäuerle, Tel.: 08158/256-46.

Themen + Tagungen + Termine

Eine Auswahl von Veranstaltungen

September

- Nr. 73**
02. - 05. 09. **Presserecht und Justizberichterstattung**
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem DJV-Bildungswerk und dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Tagungsleitung: Schröder/Höbermann Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 74**
03. - 05. 09. **Regulierung und Deregulierung - Das Ende der Medienpolitik?**
In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund, Landesverband Bayern e.V.
Tagungsleitung : Schröder Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 76**
09. - 12. 09. **Von der totalitären Diktatur zur offenen Gesellschaft**
Ferienseminar III für Geschichts- und Sozialkundeführer/innen
Tagungsleitung: Maruhn Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 78**
12. - 25. 09. **Politische Landeskunde - der Prozeß der deutschen Einheit**
In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Oslo
Tagungsleitung: Schröder Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 80**
17. 09. **Plündern die Alten die Jungen aus? Zur Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung**
In Zusammenarbeit mit der Landesversicherungsanstalt Oberbayern
Tagungsort: Forum Hotel München
Tagungsleitung: Oberreuter/Schösser Sekretariat: Elke Leisching Tel. 08158/256-47
- Nr. 83**
22. - 26. 09. **Historisch-politisches Bewußtsein in einer globalisierten Gesellschaft**
In Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik
Tagungsleitung: Diemer Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 84**
25. - 27. 09. **Politik und Rhetorik**
In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung des Politischen Denkens
Tagungsleitung: Denzer/Ottmann Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Oktober

- Nr. 88**
06. - 10. 10. **Internationale Hochschulwoche**
Tagungsleitung: Willenborg Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
- Nr. 89**
13. - 17. 10. **USA - die einsame Supermacht**
Tagungsleitung: Weber Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 90**
15. - 17. 10. **Politische Landeskunde Wales**
In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut, München
Tagungsleitung: Grosch Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 92**
20. - 24. 10. **Einführung in den neuen Hauptschul-Lehrplan**
In Zusammenarbeit mit der Akademie für Lehrerfortbildung, Dillingen
Tagungsleitung: Hampe/Zimmermann Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 93**
20. - 24. 10. **Germany Today**
Seminar mit US-Lehrern
Tagungsleitung: Grosch Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

- Nr. 94**
25. - 26. 10. **Europa im Umbruch - Zur Steuer-, Finanz- und Renten/Pensionspolitik**
In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademikerinnenbund e.V.
und dem Verband der Akademikerinnen Österreichs
Tagungsleitung: Piazzolo Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 96**
27. - 30. 10. **Gentechnologie - Eine politische und moralische Herausforderung**
In Zusammenarbeit mit dem Verband des Landwirtschaftlich-Technischen Dienstes in Bayern e.V.
Tagungsleitung: Diemer/Pletl Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

November

- Nr. 98**
03. - 04. 11. **Didaktik der Geschichte**
Tagungsleitung: Diemer Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
- Nr. 101**
10. - 14. 11. **Lokaljournalismus und kommunaler Haushalt**
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung
an der Universität Passau
Tagungsleitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 102**
11. - 12. 11. **Bündnis für Arbeit - Arbeitsplätze in der Hauswirtschaft**
In Zusammenarbeit mit dem Landesausschuß für Hauswirtschaft e.V.
Tagungsleitung: Piazzolo/Grosch Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 103**
12. 11. **Akademiegespräch im Landtag**
Tagungsleitung: Oberreuter Sekretariat: Elke Leisching Tel. 08158/256-47
- Nr. 104**
14. - 15. 11. **Verfolgung unter der Diktatur**
In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten
Tagungsleitung: Maruhn Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 105**
15. 11. **Zukunft der Kommunen - Studententag in Landshut**
Tagungsleitung: Oberreuter Sekretariat: Elke Leisching Tel. 08158/256-47
- Nr. 106**
17. - 21. 11. **Europa zwischen Integrationsprozessen und Herausforderungen des Nationalismus**
Tagungsleitung: Weber Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 107**
17. - 21. 11. **Wirtschaftsstandort Deutschland**
Tagungsleitung: Hampe Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 109**
24. - 27. 11. **Ethik und Politik**
Tagungsleitung: Diemer Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Dezember

- Nr. 115**
15. - 17. 12. **Medien in der politischen Bildung - Europa**
In Zusammenarbeit mit der Staatlichen Landesbildstelle Südbayern
Tagungsleitung: Schröder/Philipp Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 116**
17. - 19. 12. **Medien in der politischen Bildung - Europa**
In Zusammenarbeit mit der Staatlichen Landesbildstelle Südbayern
Tagungsleitung: Schröder/Philipp Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Anmeldung zu offenen Akademietagungen

An die
Akademie für Politische Bildung
82323 Tutzing

Name..... Vorname.....

Anschrift.....

Beruf..... Institution.....

Jahrgang..... Tel./Fax.....

Ich interessiere mich für folgende Tagungen: Nr.....
und bitte um Einladung und Programm.

Außerdem interessieren mich Akademieprogramme
zu folgenden Themen (bitte ankreuzen):

Wirtschaft und Soziales	<input type="checkbox"/>	Umwelt- und Verbraucherpolitik	<input type="checkbox"/>
Politische Theorie und Philosophie	<input type="checkbox"/>	Zukunftstechnologien	<input type="checkbox"/>
Außenpolitik/Sicherheitspolitik	<input type="checkbox"/>	Europa	<input type="checkbox"/>
Religion und Politik	<input type="checkbox"/>	Zeitgeschichte	<input type="checkbox"/>
Medien- und Kommunikationspolitik	<input type="checkbox"/>	Rechtspolitik	<input type="checkbox"/>
Parteien/Parlamentarismus	<input type="checkbox"/>	Bildungspolitik	<input type="checkbox"/>

.....
Unterschrift

Folgende Person ist am Bezug des Akademie-Reports interessiert:

Name..... Vorname.....

Anschrift.....

Beruf..... Institution

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR:

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter war Teilnehmer an der Denkwerkstatt anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Evangelischen Akademie, Tutzing.

Er nahm teil an der Expertentagung: „Politikberatung in Deutschland - Was können Politikwissenschaft und Forschungseinrichtungen leisten?“ in Wildbad Kreuth.

KOLLEGIUM:

Dr. Peter Hampe hält auf Einladung des Geschwister-Scholl-Instituts der Universität München im Wintersemester eine Lehrveranstaltung zum Thema „Das Ende der Arbeitsgesellschaft? - Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik“.

Er hielt bei einem interdisziplinären Seminar in Nébian/Montpellier zwei Vorträge über: „Sinn und Probleme der Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung“ und „Eindrücke aus dem Iran“.

Uwe Kranenpohl, M.A., sprach beim Forum Junge Wissenschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin zum Thema: „Nur Agitation und Propaganda? Die parlamentarische Arbeit der PDS im Bundestag“.

Dr. Michael Schröder sprach auf Einladung des DGB in Ochsenfurt über das 50-jährige Gründungsjubiläum des Bayerischen Gewerkschaftsbundes.

VERWALTUNG:

Ursula Pauli, Organisationsreferentin, verließ zum 31.7.97 die Akademie, um den Vorruhestand zu genießen. Die Akademie dankt Frau Pauli für ihren engagierten Einsatz in den vergangenen 24 Jahren.

Das Organisationsreferat wurde bis zur Neubesetzung kommissarisch von **Klaus Grosch** übernommen.

Der Zivildienstleistende **Tim Faulhaber** hat die Akademie verlassen. Seine Dienstzeit endete am 31. August. Der neue Zivi heißt **Roman Stanslawski** und ist seit dem 1. September im Dienst.

FÖRDERKREIS:

Der Vorstand des Förderkreises wurde bei der letzten Mitgliederversammlung am 2. August fast vollständig in seinem Amt bestätigt und setzt sich jetzt wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: **Gernot Abendt**, 2. Vorsitzender: **Dr. Alfred Leclaire**, Schatzmeister: **Reiner Schraff**, Schriftführerin: **Beate Maler**, Beisitzer/in: **Prof. Dr. Manfred Hättich**, **Elke Leisching**, **Prof. Dr. Heinrich Oberreuter**. Die Rechnungsprüfung wird in Zukunft neben **Gebhard Diemer**, der dieses Amt bereits seit Jahren innehat, von **Ralph Kröcker** übernommen.



*Kommt nach der Bildschirmzeitung
das Bildschirmbuch?
Zeichnung: Liebermann*